

AFFÄREN

# Moralischer Bankrott

Die HSH Nordbank und ihr Chef Dirk Jens Nonnenmacher stehen unter einem ungeheuerlichen Verdacht: Hat ein HSH-Team eine Kinderporno-Spur gelegt, damit die Bank den Leiter der New Yorker Filiale billig loswerden konnte? US-Fahnder und deutsche Bankenaufsicht ermitteln.

Die Mitteilung kam vom Vorstand, Freitag, 20. August, 16.18 Uhr, sie lief durchs ganze Haus, sie ging an die „Lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, und wer sie heute noch mal liest, muss sich fragen, was eigentlich schockierender an diesen 22 Zeilen ist. Die Chuzpe, mit der die HSH Nordbank ihre Mitarbeiter für dumm verkaufte. Oder der Zynismus zu behaupten, dass diese Bank ihre Mitarbeiter liebt.

Ausgerechnet eine Bank, die, wie es aussieht, keine Skrupel kannte, Mitarbeiter fertigmachen. Beruflich. Und auch sonst.

Mit der Haus-Info bereitete die HSH-Spitze ihre Belegschaft darauf vor, dass der SPIEGEL am folgenden Montag eine Geschichte bringen würde: Bevor die Bank im April 2009 ihren Vorstand Frank Roth feuerte, fristlos, ohne Abfindung, jenen Frank Roth also, den Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher schon lange hatte loswerden wollen, soll ein Abhörspezialist Roths Büro verwandt haben, sogar in dessen Privatwohnung eingebrochen sein. Und: Die Beweise, die zum Sofortrauswurf führten, nämlich dass Roth Bankgeheimnisse an die Presse verraten habe, waren vermutlich falsch, gefälscht, waren ihm angehängt worden.

Von solchen Vorwürfen, so das Rundschreiben, habe auch die Hausspitze erst vor 14 Tagen erfahren, aber jetzt werde geprüft.

Doch der HSH-Sumpf scheint noch viel schlimmer: Es gibt noch einen Fall, in dem der Verdacht besteht, dass die Bank einen weiteren Top-Mann rauswerfen wollte. Diesmal mit der schmutzigen aller Methoden.

Das geht aus einem Bericht der Anwaltskanzlei WilmerHale hervor, den die Bank selbst in Auftrag gegeben hat. Demnach läuft bei der New Yorker Staatsanwaltschaft dazu ein Strafermittlungsverfahren gegen Mitglieder eines HSH-Teams, darunter dem Justitiar der Bank. Sie waren an einer Razzia in der Filiale in Manhattan beteiligt. Zielperson: der Leiter der HSH New York, Roland K., von dem sich die Bank trennen wollte.

Bei der Durchsuchung am 17. September 2009 wurde der HSH-Trupp prompt fündig: Er entdeckte Kinderporno-Bilder, die er bei der New Yorker Polizei ablieferte. Das

hätte Roland K. nicht nur um eine Millionenabfindung gebracht, sondern ihn in jeder Beziehung ruinieren können. Doch die Ermittlungen kippten überraschend in die andere Richtung. Aus Sicht der US-Fahnder, so WilmerHale, ist Roland K. vermutlich das Opfer einer Verschwörung. Und hinter allem soll sein Arbeitgeber stehen. Auch für die WilmerHale-Anwälte spricht vieles dafür, dass die Kinderporno-Spur vor der Razzia gezielt gelegt wurde.

Ein Desaster für die Bank: Die Staatsanwaltschaft New York führt nicht nur Justitiar Gößmann als Verdächtigen, sondern auch Bankchef Nonnenmacher. Die Bankenaufsicht BaFin hat in dieser Sache am Montag vergangener Woche eine Sonderprüfung eingeleitet. Auch der Staatsanwaltschaft Hamburg liegt der rund hundertseitige „Vorläufige Untersuchungsbericht“ der US-Kanzlei vor; die Strafverfolger in



**Bankmanager Roland K., Begleiterin**  
*Aufkleber im Bilderrahmen*

Kiel interessieren sich ebenso dafür.

Es sollen daher auch erste Vorabergebnisse aus diesem Report gewesen sein, die zur Entscheidung führten, Justitiar Gößmann freizustellen – ein Zusammenhang, den Gößmann bestreitet. Jedenfalls sollte die Öffentlichkeit vom New-York-Verfahren aber nichts erfahren. Kein Wort dazu im Schreiben an die lieben Mitarbeiter, einzig zur Roth-Sache. Die war ohnehin nicht mehr geheim zu halten.

Natürlich rückt nun die amerikanische Affäre auch den Roth-Rauswurf in ein neues Licht – und in das Visier der Ermittler. Roland K., Frank Roth. Ist es dasselbe Muster, dieselbe Methode? Eine schmutzige Intrige, die möglicherweise hoch bis zu Nonnenmacher reicht, um einen Mit-

arbeiter auf so billige wie bösartige Weise zu schassen?

Die Kieler Staatsanwaltschaft hatte das Verfahren gegen Roth eingestellt – sie sah keine hinreichenden Verdachtsmomente, dass Roth der Presse tatsächlich geheime Bankinformationen zugespielt hatte. Nun steigen die Fahnder wieder ein, nur diesmal mit einem anderen Blick: Hat die HSH die Beweise gegen Roth fingiert?

Was dafür sprechen könnte: dieselben Namen in beiden Verfahren. Bei der Razzia in New York half eine Juristin aus der Kanzlei des Potsdamer Anwalts Joachim Erbe mit. Den aber hatte auch Frank Roth schon kennengelernt: Anwalt Erbe führte Protokoll, als die Bank ihm mitteilte, er sei gefeuert. Erbe arbeitet zudem eng mit der Münchner Sicherheitsfirma Prevent zusammen, die mit ehemaligen Polizeiführungskräften gespickt ist und von der HSH millionenschwere Aufträge bekommt.

Und auch diese Prevent spielt in beiden Fällen eine Rolle – in den USA, bei der Razzia, aber genauso bei Roth: Ein Subunternehmer der Prevent, Arndt Umbach, hatte sich, so mehrere Zeugen, selbst bezichtigt, Roths Büro verwandt zu haben und in dessen Privatwohnung eingebrochen zu sein. Als Umbach am Sonntag vor zwei Wochen plötzlich bestritt, je so etwas gesagt oder gar getan zu haben, war es die Prevent, die seine Erklärung kurz danach verbreitete.

Man muss schon einen Moment innehalten: Ist das wirklich alles vorstellbar? Bei einer deutschen Bank, hervorgegangen aus zwei Landesbanken, immer noch zu 85,5 Prozent im Besitz der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein?

Sicher, dass die HSH Nordbank eine HSH Notbank geworden ist, dass sie am



HSH-Chef Nonnenmacher: „Geradezu pathologisch“

MARKUS BRANDT



New-York-Filiale der HSH Nordbank: Razzia morgens um zehn

JÜRGEN FRANK

Abgrund stand, das wusste jeder. Drei Milliarden Euro mussten die beiden Länder für das Überleben der Bank zahlen, weil sich deren Manager verspekuliert hatten, 40 Milliarden Euro Bürgschaften kamen noch dazu. Aber während die staatlichen Anteilseigner voller Panik in den Abgrund starrten und gerade noch verhinderten, dass ihre Bank hineinstürzte, hat keiner von ihnen gemerkt, dass die HSH noch ganz anders pleitezugehen drohte. Moralisch. Und vielleicht wollte das auch keiner merken.

So groß war nämlich die Not, dass sich die Kontrolleure der Bank bedingungslos dem Vorstandschef Nonnenmacher ausgeliefert hatten – um seiner Fachkompetenz willen, seiner angeblichen Fähigkeit, die Bank zu retten. Vor allem einer, der Aufsichtsratschef Hilmar Kopper, verschweißte sein Schicksal mit dem von Nonnenmacher: Wenn Nonnenmacher gehe, dann er mit, sagte Kopper, der damit vom Aufpasser zum Mitmacher wurde. Dass Nonnenmacher, der Mathematikprofessor, Analytiker, Zahlenmann, einen besorgniserregenden blinden Fleck hatten in der Frage, was sich gehört und was nicht, nahmen die Aufseher in Kauf. Er beharrte auf seiner Sonderzahlung von 2,9 Millionen Euro, ohne Rücksicht darauf, dass er damit Regierungskrisen in Hamburg und Schleswig-Holstein auslöste und tiefen Frust unter allen in der Bank, denen er selbst den Bonus in der Krise zusammenstreichen ließ.

Nonnenmacher geht so etwas vermutlich nicht sonderlich nahe, weil er kaum einen nahe an sich herankommen lässt. Er fremdelt mit Menschen, mag sich nicht öffnen, er muss sich zu Fototerminen quälen und sieht deshalb auf Fotos auch genauso aus. Nicht mal engen Mitarbeitern erzählte er, dass er zwischenzeitlich Vater geworden war; er hält Distanz, und vor allem: Er misstraut. „Geradezu pathologisch“, sagt ein Bankmanager.

Schon im vergangenen Frühjahr hieß es im „Manager Magazin“, er wolle alle anderen Vorstände austauschen; einer, der ihn erlebt hat, sagt auch: Er hat dann keine Hand für das, was Banker ein Settlement nennen, eine Einigung im Guten, im Frieden, mit Handschlag.

War der Bank in solchen Fällen tatsächlich alles recht, jedes Unrecht, hat sie dann wirklich ihren Machtapparat, insbesondere die Münchner Sicherheitsfirma Prevent und deren Zuarbeiter, hemmungslos auf Nonnenmachers Rausschmisskandidaten angesetzt? Die HSH Nordbank und Rechtsanwalt Erbe mochten sich dazu vergangenen Freitag auf Anfrage nicht äußern, Prevent nur insoweit, dass die Fragen in mehreren Punkten von „unrichtigen Voraussetzungen“ ausgingen und sie aufgrund der Komplexität des Themas mehr Zeit benötigen. Der von seiner Arbeit befreite Gößmann ließ schließlich ausrich-



**Prevent-Manager Mehles: Schnelle Ergebnisse liefern**

**HSH-Syndikus Gößmann, externer Berater Erbe:**

ten, er sei an keiner Aktion beteiligt gewesen, bei der es darum gegangen sein sollte, dem New Yorker Filialleiter Kinderporno-Material unterzuschieben. Das sei „abwegig und unzutreffend“.

Klar ist: Bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung gilt immer die Unschuldsvermutung. Aber sollte es gleichwohl zu der Operation gekommen sein, dann würde das bei der HSH Nordbank, mit Nonnenmacher an der Spitze, zumindest weniger verwundern als anderswo.

Roland K., US-Amerikaner, war seit 2002 der Leiter der New Yorker Filiale. Als er dort 2007 Stellen abbauen sollte, mussten zwei Mitarbeiter gehen. Doch die wehrten sich mit Sex-Vorwürfen gegen K. Er habe sich nur gegen sie und für eine Kollegin entschieden, weil er mit ihr eine Affäre gehabt habe.

Die Bank ließ den Fall zweimal von Anwaltskanzleien untersuchen, beide Male mit dem Ergebnis, dass K. die geschassten Kollegen nicht diskriminiert habe. Mancher hielt die Gutachten damals für Reinwaschaktionen, andererseits: Eines der beiden Verfahren ist mittlerweile in den USA mit demselben Ergebnis zu Ende gegangen.

Die Lage für K. änderte sich, als im Mai 2009 deutsche Medien über die laufenden Gerichtsverfahren der beiden Ex-Mitarbeiter in den USA berichteten – und über Sex-Eskapaden in der Bank. Roland K. wurde zur Belastung. Eine neue Untersuchung, von der Prüfungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers (PWC), zielte vor allem auf Spesenrechnungen. Eine Reise mit Kunden zum Skifahren nach Wyoming sei auffällig teuer gewesen, so der Verdacht, aber wieder sah es am Ende so aus, als würde nichts dabei herauskommen. Das wäre nun eine schmerzhaft Niederlage für Nonnenmacher gewesen.

Folgt man dem streng geheimen WilmerHale-Bericht, wurde es jetzt grob: Schon im Mai 2009, als sich abzeichnete, dass PWC und eine weitere Kanzlei nicht genug Munition besorgen könnten, traf sich demnach HSH-Justitiar Gößmann mit Mitarbeitern der Sicherheitsfirma Prevent.

Es war der Beginn des „Projekts Liberty“, das sich die Bank gut 900 000 Euro kosten lassen sollte. Das Ziel von „Liberty“, so soll Gößmann später reichlich unverblümt zu WilmerHale gesagt haben: Prevent sollte mehr Tempo machen, schneller ein Ergebnis liefern als PWC. Dazu stünden Prevent doch auch ganz andere Möglichkeiten zur Verfügung. Möglichkeiten, von denen er besser nichts wissen wolle, um seinen guten Glauben nicht zu verlieren.

Gegenüber dem SPIEGEL bestreitet Gößmann so eine Aussage. Außerdem habe sich die Ermittlung nicht gegen Roland K. gerichtet. Vielmehr sei es eine „neutrale und ergebnisoffene Untersuchung der Spesenpraxis der New Yorker Niederlassung“ gewesen.

Auch Nonnenmacher traf sich, WilmerHale zufolge, früh mit dem damaligen Prevent-Vorstand Thorsten Mehles, um zu erfahren, wie es bei „Liberty“ stand; später drängte er auf Resultate, unzufrieden darüber, dass auch Prevent nichts Handfestes gegen Roland K. zu finden schien. „Liberty“ sollte die Bank von K. befreien; es war Nonnenmachers Projekt, ein Geheimprojekt, von dem Vorstandskollegen wie Peter Rieck nichts erfahren sollten.

Am 17. September 2009 war es so weit. Wie es bei WilmerHale hieß, hatte Nonnenmacher für zehn Uhr eine Videokonferenz mit K. angesetzt, um sicherzugehen, dass der im Büro sein würde. Gleichzeitig rückte ein 13-köpfiges HSH-Rollkommando in die New Yorker Filiale ein. An der Spitze Gößmann und der Personalchef Stefan B., dazu eine Partnerin aus der Rechtsanwaltskanzlei Erbe, der Prevent-Mann Mehles mit vier Mitarbeitern, außerdem Computerspezialisten einer IT-Firma, Sicherheitsleute.

WilmerHale schildert nun folgenden Ablauf: Roland K. war zwar doch

nicht im Büro, aber das Team begann damit, das Chefbüro zu durchsuchen, alles wie geplant. Gleich zu Beginn schlug ein Prevent-Mann vor, sich doch mal die Bilderrahmen im Zimmer genauer anzuschauen. So ein Rahmen sei ja ein beliebtes Versteck. Und tatsächlich: Als die Erbe-Anwältin den Rahmen mit dem Bild von K.s Tochter aufdrückte, fand sie einen Aufkleber mit einer E-Mail-Adresse, in der das Wort „kid“, Kind, vorkam. Daneben stand ein Begriff, der ein Passwort sein könnte, „000ROBI“.

Eine Information, mit der die IT-Spezialisten, die sich gerade am Arbeitsrechner von K. zu schaffen machten, schnell etwas anfangen konnten. Sie hatten zwei dubiose Mails eines „Jan Nowak“ gefunden, in einer tauchte auch die E-Mail-Adresse von der Rückseite des Kinderfotos auf. Mit dem Passwort vom Aufkleber meldeten sie sich dort an und stießen gleich auf eine Mail mit Kinderporno-Bildern, Absender jener „Jan Nowak“.

Umgehend, so WilmerHale, reichte das Team alles an die New Yorker Polizei weiter, die ein Ermittlungsverfahren einleitete, wegen der Kinderporno-Fotos. Doch am 22. April meldeten sich die Ermittler bei Anwälten der Bank mit dem Ergebnis zurück: Aus ihrer Sicht sei Roland K. das Opfer einer Intrige geworden.

Noch ist nicht klar, was die New Yorker Polizei so deutlich zu dieser Einschätzung



**Hamburger HSH-Konzernsitz: Rollkommando für New York**



„Projekt Liberty“

Ex-HSH-Vorstand Roth: Opfer einer Bank außer Kontrolle?

hat kommen lassen. Gerüchten zufolge könnte sich ein Mitglied des Teams US-Fahndern anvertraut haben; bei WilmerHale findet sich darauf allerdings kein Hinweis. Doch was die grundsätzliche Bewertung angeht, folgt auch der Report den New Yorker Staatsanwälten: „Es gibt keinen belastbaren Beweis dafür, dass Herr K. die kinderpornografischen Bilder aus dem E-Mail-Account auf seinem Bürorechner angeschaut hat. Dagegen gibt es aber belastbare Indizien, dass Herrn K. eine Falle gestellt wurde. Dass der E-Mail-Account von jemand anderem erzeugt wurde. Dass der Aufkleber auf der Rückseite des Fotos von Herrn K.s Tochter ebenso wie die E-Mails des Jan Nowak platziert wurden.“

Das Ziel laut WilmerHale: den „falschen Eindruck zu erzeugen“, K. sei der Eigentümer des E-Mail-Postfachs mit den Kinderporno-Bildern. Doch wenn es eine Falle war, dann schnappte sie nicht zu. Unter anderem weil ein Unbekannter aus einem Internetcafé eine Mail von dieser E-Mail-Adresse abgesetzt hatte, als K. nachweisbar ganz woanders war.

So schnappt die Falle jetzt nach denen, die sie vermutlich aufgestellt hatten.

Kaum hatte die Bank erfahren, dass die New Yorker Staatsanwälte Roland K. für das Opfer, nicht den Täter hielten, erklärten die Teammitglieder ihre Unschuld: Nein, sie wüssten nichts von einer solchen Verleumdungskampagne, schon gar nicht seien sie daran beteiligt gewesen. Anwalt Erbe hatte das Massendementi organisiert; nur einer aus dem Team schwieg lieber.

So mussten sich die internen Ermittler am Ende zwar damit zufriedengeben, niemanden eindeutig überführen zu können. Dennoch notierten sie Bemerkenswertes: Laut WilmerHale hat Gößmann schon am 22. April erfahren, dass die New Yorker Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittelt, aber erst am 28. April Martin van Gemmeren darüber informiert, den für den Fall zuständigen Vorstand. In der Zwischen-

zeit, vermutlich am 23. April, habe Gößmann seinen Laptop reparieren lassen – danach seien alle Daten gelöscht gewesen.

Gößmann dementiert diesen Vorgang komplett. Erst durch van Gemmeren habe er von den Ermittlungen in New York erfahren. „Die Unterstellung“, er habe „bewusst Daten gelöscht beziehungsweise löschen lassen“, sei abenteuerlich.

Vor allem aber Prevent-Ermittler Mehles, früher mal Abteilungsleiter im Hamburger Landeskriminalamt, bekommt mit dem WilmerHale-Bericht ein Glaubwürdigkeitsproblem. Während Mehles behauptet, es sei nicht seine Entscheidung gewesen, mit den Porno-Fotos zur New Yorker Polizei zu gehen, steht in der E-Mail eines Mitarbeiters das glatte Gegen-

teil. Und während Mehles angab, erst im August von Kinderporno-Gerüchten um Roland K. gehört zu haben, sagten Nonnenmacher und Gößmann, das habe ihnen der Security-Mann doch schon im Juni oder Juli erzählt.

Das würde dann auch für die Vermutung im Zwischenbericht sprechen, dass es bereits lange

vor der Razzia im Team eine geheime Absprache darüber gegeben habe, wonach sie tatsächlich suchen wollten: nicht nach Spesenbelegen, sondern nach Kinderporno-Spuren. Nur dann nämlich, so WilmerHale, ergebe das Zerlegen von Bilderrahmen einen Sinn.

Doch woher wollte Mehles eigentlich von Kinderporno-Gerüchten um K. im fernen New York gehört haben? Vom FBI, sagte Nonnenmacher; das habe ihm Mehles jedenfalls gesagt. Falsch, aus der deutschen Presseszene, so Mehles zu WilmerHale. Ständig neue Widersprüche.

Fest steht: Aus dem mutmaßlichen Versuch, Roland K. billig loszuwerden, wurde nun die wohl kostspieligste Trennung der Firmengeschichte. Auf 2,49 Millionen Dollar Abfindung klagte K., und noch mal auf 10 Millionen Schadensersatz. Kürzlich einigte sich die Bank mit ihm angeblich auf 7,5 Millionen Dollar, eine

**Wenn es wirklich eine Falle war, dann schnappt sie jetzt nach denen, die sie aufgestellt haben.**

Summe irgendwo zwischen Schuldeingeständnis und Schweigegeld. Zusätzlich soll die Bank eine Million für seinen Anwalt gezahlt haben; zusammen mit dem, was all die eigenen Prüfer und Anwälte noch so gekostet haben, schätzt ein Insider das Paket auf 18,5 Millionen Dollar. „Und das nur, weil Nonnenmacher sich nicht vernünftig mit Leuten einigen kann“, heißt es aus der Bank.

Selbst wenn unklar bleibt, welche Rolle Nonnenmacher in der von WilmerHale skizzierten Intrige spielte: Seit die Anwälte ihren Report präsentiert haben, ist er als Chef einer Krisenbank, die auf das Vertrauen ihrer Kunden und noch mehr auf das der öffentlichen Hand angewiesen ist, eigentlich nicht mehr zu halten. Aber die HSH wäre nicht die HSH, wenn sie es nicht doch versuchen würde. Schon vergangene Woche ließ der Aufsichtsrat wissen, er halte Nonnenmacher für entlastet; der Report bescheinige ihm, „jederzeit pflichtgemäß gehandelt zu haben“. Wer bei WilmerHale nach so einer Aussage sucht, scheitert jedoch.

Auch Gößmann genoss Schonung. Obwohl freigestellt, behielt er nach eigener Auskunft Zugangskarte und Diensthandy. So blieb er zumindest für Nonnenmacher noch erreichbar, nachdem er sich in eine Klinik abgemeldet hatte.

Erst als die Bank meinte, auf öffentlichen Druck reagieren zu müssen, machte der Vorstand im Haus bekannt, dass Gößmann vorerst kaltgestellt war. Die Rettungsstrategie lautete nun offenbar: New York geheim halten, gleichzeitig im Fall Roth die Vorwürfe mit aller Macht zerstreuen. Also vor allem den Vorwurf, der Abhörspezialist Arndt Umbach habe Roth für die Bank bespitzelt, sei in dessen Wohnung eingebrochen, habe Beweise gegen ihn gefälscht.

Die Bank bestreitet, Druck auf Umbach gemacht zu haben. Doch Zufall oder nicht: Noch bevor der SPIEGEL vor einer Woche herauskam, fand Umbach an einem Sonntag einen Notar, um dort schriftlich zu erklären, er habe nie etwas Illega-

les getan und so etwas auch nie behauptet. Eine Kehrtwende, die der Bank gelegen kam.

Tatsächlich sind die Umstände im Fall Umbach aber nicht so, dass der Schwenk entlastend wirkt. Zu viel spricht dagegen, dass er jetzt die Wahrheit sagt. Und zu viel dafür, dass Roth übel mitgespielt wurde, dass auch er, wie K., offenbar das Opfer einer Bank außer Kontrolle ist.

So wie Konzernjustitiar Gößmann diesen Fall im Ermittlungsverfahren gegen Roth 2009 darstellte, hatte Nonnenmacher Ende 2008 darüber geklagt, dass geheime Informationen aus der Bank nach draußen sickerten. In Vieraugengesprächen hätten sie entschieden, dem Maulwurf eine Falle zu stellen, mit einer Vorstandsunterlage. Jeder Empfänger würde eine etwas anders markierte Kopie erhalten. Sollte das Papier an die Presse gehen und dann zurück an die Bank, wäre klar, wer Geheimnisse durchgesteckt hatte.

Wem aber sollte man die Falle stellen? Glaubt man Gößmann, und das ist bei Nonnenmachers Charakter durchaus plausibel, vermutete der Vorstandschef, dass der Maulwurf nicht der Bank schaden wollte, sondern nur ihm. Das traute er am ehesten seinen Vorstandskollegen zu. Auf Platz eins der Verdächtigenliste: Roth, weil „Herr Roth weiß, dass ich ihn loswerden will“, zitierte Gößmann in der Vernehmung Nonnenmacher.

Das Präparieren der Papiere übernahm Wim de Jong-Niehoff, ein Spezialist für die Untersuchung von Handschriften. An einem Abend im Februar, gegen 21 Uhr, tütete Gößmann mit Nonnenmacher vier minimal veränderte Exemplare für die anderen Vorstandsmitglieder ein. Er selbst habe die Kopien angereicht, Nonnenmacher sie in weiße Umschläge gesteckt und die Kuverts danach beschriftet.

Gut drei Wochen später, offenbar war das Papier nicht bei der Presse gelandet, will Gößmann dann einen zweiten Versuch gestartet haben, diesmal mit einer Vorstandsunterlage, die per E-Mail verschickt wurde.

Und tatsächlich: Jetzt habe es das gewünschte Echo gegeben, einen anonymen Brief aus England an Nonnenmacher, darin: die erste Seite der Vorstandsunterlage aus dem Februar und das jüngst per E-Mail nachgeschobene Papier. In einem Begleitschreiben behauptete der Unbekannte, offenbar Journalist, er habe die Blätter bekommen, um sie zu veröffentlichen. Aber da die Papiere Geschäftsgeheimnisse der HSH enthielten, schicke er sie doch lieber an den Vorstandschef.

Die Markierungen, so Gößmann, hätten klar ergeben, dass es sich um die Unterlagen für Frank Roth gehandelt habe.

Ein Arndt Umbach aber taucht in Gößmanns Version nicht auf.

Was so eindeutig wirkt, ist in Wahrheit so absurd, dass auch die Kieler Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Roth wegen Geheimnisverrat längst eingestellt hat. Zu der Jagd nach einem unbekanntem Maulwurf passt das ganze Vorgehen nämlich nicht, wohl aber dazu, etwas gegen genau eine Person in die Hand zu bekommen: Roth. Gut möglich, so die Staatsanwälte, dass Roth also Opfer einer gezielt gelegten Spur geworden sei. Allein schon, wie der Verdächtigenkreis begrenzt wurde: Die Aufsichtsräte, die Manager der zweiten Ebene – alle hätten auch das Leck sein können, doch sie erhielten keine markierten Dokumente. Nur die Vorstände.

Schon das passt alles nicht zusammen, aber am wenigsten das, was Justitiar Gößmann über den zweiten Köder aussagte, die Vorstandsvorlage, die per E-Mail auf den Weg ging. Auch sie, so Gößmann, habe Wim de Jong-Niehoff präpariert. Dagegen de Jong-Niehoff in seiner Aussage bei der Kripo Kiel: „Ich kann ausschließen, dass der Vorfall von uns bearbeitet wurde.“

Wer war es dann?

Die markierte Mail erhielten die Vorstände von der damaligen Kommunikationschefin Michaela Fischer-Zernin Anfang März. Gößmann hatte sie zuvor eingeweiht, dass man versuchen wolle, eine undichte Stelle zu finden; auch Nonnenmacher hatte mit ihr gesprochen. Die Vor-

lage bekam sie dafür zugemailt. Ein Unbekannter präparierte sie dann in nicht mal einer Stunde. Wer konnte das, wenn es de Jong-Niehoff nicht gewesen ist?

Knapp fünf Monate später, am 29. Juli, traf sich Arndt Umbach in einer Hamburger Kanzlei mit den HSH-Aufsichtsräten Olaf Behm und Rieka Meetz-Schawaller sowie dem früheren Leiter der HSH-Konzernsicherheit. Glaubt man dem Protokoll, gab Umbach zu, er habe im Auftrag der Bank auch diese Mail präpariert und verschickt.

Dazu stand Umbach noch am Freitag vorletzter Woche. Aber er sprach da auch schon von Geld, das er brauche, um

**Zu der Jagd nach einem unbekanntem Maulwurf passt das Vorgehen der Bank nicht.**



HSH-Aufsichtsratsvorsitzender Kopper, Vorstandschef Nonnenmacher: In Treue erstarrt

# „Ich will nur eins: aufklären“

Love-Parade-Veranstalter Rainer Schaller, 41, über Schuld, mögliche Fehler der Polizei und die Veröffentlichung der Überwachungsvideos im Internet

unterzutauchen. Zwei Tage später, am Sonntag, änderte er seine Darstellung, seitdem ist er unauffindbar.

Seine neue Version hat ein gravierendes Glaubwürdigkeitsproblem: Schließlich sind die Teilnehmer des Treffens nicht die einzigen Zeugen. Direkt danach fuhr Umbach nach Kiel zur Staatsanwaltschaft, zusammen mit dem früheren HSH-Sicherheitsexperten.

Eine Stunde lang saßen drei Staatsanwälte Umbach und seinem Anwalt gegenüber, es ging immer wieder um die Frage, ob Umbach bei einem Geständnis straffrei davonkomme. Zu einer Vernehmung kam es nicht, auch weil Kiel die Sache an die Hamburger Staatsanwaltschaft abgab. Aber warum sollte jemand über Straffreiheit verhandeln, wenn er gar nichts Strafbares getan hat? „Umbachs Rückzieher hat für uns kein Gewicht“, heißt es deshalb bei Hamburger Ermittlern, und die Kollegen in Kiel prüfen jetzt sogar, ob sie ein Verfahren einleiten gegen Verantwortliche der Bank, wegen falscher Verdächtigung von Roth.

Diesem Vorwurf müsste auch noch ein anderer dringend nachgehen: Hilmar Kopper, der Aufsichtsratsvorsitzende. Doch Kopper steht, in Treue erstarrt, wo er immer schon stand: hinter Nonnenmacher. „Der Aufsichtsrat hat uneingeschränktes Vertrauen in die Entschlossenheit des Vorstandsvorsitzenden, derartigen rechtswidrigen Machenschaften Einhalt zu gebieten“, ließ der Aufsichtsrat am Donnerstag nach einer Sitzung des Präsidialausschusses mitteilen. Er gehe davon aus, dass auch Gößmann nach allen Überprüfungen „vollständig rehabilitiert“ sein werde.

Wieder muss man einen Moment innehalten: Haben Kopper und die anderen den WilmerHale-Bericht nicht gelesen? Oder hoffen sie nur, sie seien die Einzigen, die ihn jemals zu lesen bekommen? Und: Wäre das Vernichten von Existenzen durch getürkte Kinderporno-Vorwürfe in ihren Augen nur so ein Kollateralschaden des Krisenbankings?

Er habe auch nach wie vor keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass Roth Bankinterna an die Presse weitergegeben habe, hatte Kopper schon einige Tage zuvor bockig behauptet. Dass Nonnenmacher in Amerika als Verdächtiger geführt wird und WilmerHale das Vorgehen gegen Roland K. und Frank Roth ausdrücklich als Parallelfälle bewertet, erwähnte Kopper erst gar nicht. So wenig wie die Tatsache, dass Nonnenmacher gegen deutsches Aktienrecht verstoßen haben könnte, als er seinen Mitvorständen Fallen stellte, ohne den Aufsichtsrat zu informieren. Dass er sie übergang, ihre Kontrolle ausschaltete – für die Aufseher offenbar alles verschmerzbar, verzeihbar.

Nein, nie war diese Bank so am Ende wie heute.

JÜRGEN DAHLKAMP,  
GUNTHER LATSCH, JÖRG SCHMITT



Unternehmer Schaller  
„Es tut mir unendlich leid“

**SPIEGEL:** Herr Schaller, war es größtenteils sinnig, die Love Parade in einer Stadt wie Duisburg stattfinden zu lassen?  
**Schaller:** Nein. Die Entscheidung für das Ruhrgebiet war richtig.

**SPIEGEL:** Duisburg hat rund 490 000 Einwohner. Sie kündigten mehr als eine Million Besucher an. Konnte das überhaupt gutgehen?

**Schaller:** Essen hat knapp 580 000 Einwohner, Dortmund etwas mehr – dort sind die Paraden sehr erfolgreich gewesen.

**SPIEGEL:** Wer trägt Ihrer Meinung nach die Schuld an der Katastrophe mit 21 Toten und zahlreichen Verletzten?

**Schaller:** Ich habe viel darüber nachgedacht in den letzten vier Wochen. Mir ist bewusst, dass ich eine moralische Verantwortung habe. Ich war Veranstalter, und die Menschen wären nicht gestorben, wenn die Veranstaltung nicht gewesen wäre. Wer Schuld hat, muss juristisch geprüft werden, selbstverständlich stelle ich mich auch hier der Verantwortung. Ich möchte mich vor allem bei den Angehörigen der Verstorbenen und bei den vielen verletzten Opfern entschuldigen für das, was geschehen ist.

**SPIEGEL:** Vor zwei Wochen wurden Ihre Geschäftsräume durchsucht. Was wollten die Ermittler?

**Schaller:** Eine Datei, auf der die genauen Einsatzzeiten der auf der Love Parade eingesetzten Ordner festgehalten sind. Diese Datei haben wir der Staatsanwaltschaft übergeben.

**SPIEGEL:** Sie haben selbst recherchiert?

**Schaller:** Natürlich, wir haben das Material unserer sieben Überwachungskameras im Eingangsbereich sehr intensiv gesichtet und analysiert. Wir haben die Daten und Fakten zusammengetragen, also alles, was wir sehen konnten, und exakt protokolliert. Wir werden das komplette Videomaterial auf einer Website veröffentlichen. Mehr als 22 Stunden. Jeder soll sich selbst ein Bild von den Abläufen machen können.

**SPIEGEL:** Was ist darauf zu sehen?

**Schaller:** Die Kameras dokumentieren zum Beispiel, wie die Polizei ab 15.50 Uhr insgesamt drei Sperrketten im Zugangsbereich zum Love-Parade-Gelände bildet, zwei in den beiden Tunnelhälften und eine auf dem unteren Teil der Eingangsrampe. Die Ketten führten zu einem Stau und waren vermutlich die Ursache der Katastrophe. Für uns stellt sich die Frage, warum die Polizei dies tat.

**SPIEGEL:** Was vermuten Sie?

**Schaller:** Keiner von uns kann sich erklären, warum die Polizei die Ketten im Tunnel gebildet hat und welche Funktion die Kette am unteren Ende der Rampe haben sollte. Ich glaube, ohne diese Kette würden die 21 Menschen heute noch leben.

**SPIEGEL:** Ihr Crowd-Manager, der den Besucherstrom zum Gelände regulieren sollte, hat erklärt, er habe Polizeiunterstützung angefordert, um die Eingangsschleusen an den Tunnelenden zu sichern.

**Schaller:** Das ist ein ganz zentraler Punkt. Er hat gesagt: „Ich brauche Unterstützung an den Schleusen.“ Also an den Eingängen. Die Polizei bildet aber Ketten mitten im Tunnel. Bei der Love Parade wurden durch die Polizeiketten alle Ein- und Ausgänge versperrt. Niemand kam mehr hinein oder heraus. Dadurch wurde der Druck hinter den Polizeiketten immer größer. Wenn dann auch noch die Schleusen an den Eingängen geöffnet werden und eine Sperre nach der anderen aufgemacht wird, laufen die Menschen aufeinander auf. Es entsteht ein Kessel, in dem der Druck durch die nachfolgenden Menschen immer weiter zunimmt.

**SPIEGEL:** Wer hat die Schleusen geöffnet?

**Schaller:** Nach unseren Informationen hat die Polizei angewiesen, die Eingangsschleuse West zu öffnen.

**SPIEGEL:** Das ist ein schwerer Vorwurf, der bestritten wird.

AFFÄREN

# Sieben ohne Strich

Neue Vorwürfe gegen die HSH Nordbank: Um ihren New-York-Chef billig loszuwerden, soll auch eine falsche Spur zu einem Callgirl-Ring gelegt worden sein.

Es gibt einige bei der HSH Nordbank, die behaupten, dass ihrem Chefaufseher Hilmar Kopper die 75 Lebensjahre zuweilen deutlich anzumerken seien. Es soll schließlich schon vorgekommen sein, dass er sich einen Herrn vom Vorstand vorknöpfen wollte, leider die Gesichter verwechselte und auf den Falschen einredete. Aber wenn es darauf ankommt, nämlich auf Koppers Job und den von Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher, dann ist der Alte hellwach. Dann spielt Kopper mit diesen Provinzfiguren im Aufsichtsrat der Landesbank, wie es ihm gefällt.

So wie vor zwei Wochen im Präsidialausschuss, dem Führungskreis des Gremiums. Kopper kam, sah und legte ein Papier auf den Tisch. Eine Presseerklärung, eine Ehrenerklärung für Nonnenmacher. Er wolle jetzt nicht jeden Punkt und jedes Komma diskutieren, was er brauche, sei ein schnelles Ja, dass der Aufsichtsrat hinter dieser Erklärung stehe. Und vor allem hinter diesem Satz, wonach ein Bericht der Kanzlei WilmerHale für die Bank zu dem Schluss komme, Nonnenmacher habe sich bei der offenbar dubiosen Entlassung eines HSH-Topmanagers in New York „jederzeit pflichtgemäß verhalten“.

Dieser Satz aber ist in dem Bericht nicht zu finden. Macht nichts, sagt HSH-Sprecher Frank Laurich: „Zur Person von Professor Nonnenmacher existiert ein separates Supplement zu dem Bericht von WilmerHale“. Aufgrund dieses Supplements „sowie der Präsentation von WilmerHale zu diesen Themen ist der Aufsichtsrat zu der Feststellung gelangt, dass Herr Professor Nonnenmacher sich in diesem Zusammenhang jederzeit pflichtgemäß verhalten hat“.

Ob dieses Supplement von WilmerHale stammt oder von Kopper, Nonnenmacher oder wem auch immer – dazu sagt Laurich nichts. Warum auch? Von den Auf-

sichtsräten gab es nur ein paar schüchterne Nachfragen, kurz darauf hatte Kopper gesiegt: Alle für Nonnenmacher, obwohl sie den Bericht, der vor ihnen lag, zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gelesen hatten.



HSH-Kontrollleur Kopper: Nicht jedes Komma diskutieren

Was für ein Handstreich. Und was für Aufsichtsräte. Denn wie dem WilmerHale-Bericht zu entnehmen ist, läuft in New York nicht nur ein Ermittlungsverfahren, unter anderem gegen Vorstandschef Nonnenmacher, weil die Bank ihrem Filialleiter Roland K. Kinderporno-Fotos untergeschoben haben soll (SPIEGEL 35/2010). Beim mutmaßlichen Versuch, den New-York-Statthalter der HSH ohne Abfindung zu feuern, war

dem Report zufolge anscheinend noch eine zweite falsche Spur gelegt worden: ein Hinweis, dass Roland K. Verbindungen zu einem Callgirl-Ring gehabt haben soll. Auch der war bei der bankinternen Razzia im September 2009 gefunden worden.

Und noch etwas lässt die Bank jetzt schlecht aussehen. Ihr derzeit freigestellter Justitiar Wolfgang Gößmann und der Personalchef Stefan B., beide in New York dabei, erhielten 2009, während die „Project Liberty“ genannte Aktion gegen K. noch lief, beträchtliche Gehaltserhöhungen. Und das von einer Bank, die damals ums Überleben kämpfte, Hunderte Mitarbeiter entlassen musste, überall knauserte.

Damit wird es jetzt im Kampf um Glaubwürdigkeit und Vertrauen noch enger – für Nonnenmacher.

Am 18. September 2009 lief die interne Razzia im Büro von New-York-Chef Roland K. bereits den zweiten Tag. Am ersten hatte ein HSH-Trupp, zu dem auch Mitarbeiter der Münchner Sicherheitsfirma Prevent gehörten, einen Fotorahmen geöffnet. Wie zufällig hatten die Fahnder auf der Rückseite des Fotos einen Aufkleber mit einer E-Mail-Adresse und einem Passwort gefunden. Beides führte zu Kinderporno-Bildern in einem E-Mail-Postfach, das angeblich K. gehörte, ihm aber – wie die New Yorker Polizei später ermittelte – sehr wahrscheinlich untergeschoben worden war.

Am Tag zwei stießen die HSH-Leute auf einen Ordner mit Angeboten für einen Ski-Trip, den K. mit Kunden nach Wyoming gemacht hatte und der nach Ansicht der Bank zu teuer ausgefallen war. Im Ordner, auf einem Klebezettel, so WilmerHale, stand eine handschriftliche Telefonnummer, die sich einem „Fine as Wine Ladies Escort Service“ in Ohio zuordnen ließ. Einem Callgirl-Ring also – mit Damen fein wie Wein. Damit konnte der Eindruck entstehen, dass Roland K. auf Kosten der Bank auch noch Orgien mit Kunden gefeiert habe. Wie schon beim Kinderporno-Verdacht ging die Sache zur New Yorker Polizei.

Doch auch in diesem Fall spricht vieles für eine falsche Spur, mit der Roland K. belastet werden sollte: Nicht nur, dass seine Sekretärin die Handschrift nicht wiedererkannte und es beim Vergleich mit anderen Papieren von K. deutliche

BODO MARKS / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Unterschiede gab. Die Ziffern 2, 4 und 7 waren auch nicht so geschrieben, wie dies Amerikaner normalerweise tun, sondern Europäer. K. ist zwar in der Schweiz geboren, aber Amerikaner, lebt und arbeitet schon lange in den Staaten und schreibt – wie dort üblich – die 7 beispielsweise ohne Querstrich.

Auch hinter der Kinderporno-Spur vermuten die US-Fahnder eine Falle. Warum, fragen sich die internen Ermittler von WilmerHale in ihrem Report, sollte sich Roland K. ausgerechnet in seiner vollverglasteten Bürozeile solche Fotos angesehen haben? Und warum sich belastende E-Mails an sein Dienstpostfach schicken lassen, wenn er seiner Sekretärin doch Zugriff auf alle eingehenden Mails eingeräumt hatte? Nein, Roland K. habe ihr nie gesagt, sie dürfe manche Nachrichten nicht öffnen, sagte die Frau aus.

Tatsächlich haben die Ermittlungen laut WilmerHale keinen Hinweis ergeben, dass sich K. jemals solche Bilder an seinem Bürorechner angeschaut hat. Deshalb fanden die Fahnder auch keine Erklärung dafür, warum er das Passwort, das zu den Pornofotos führte, überhaupt im Büro hätte deponieren sollen, ausgerechnet im Rahmen mit dem Bild seiner Tochter. Für die New Yorker Bezirksstaatsanwaltschaft ist der Fall klar: In der vergangenen Woche versicherte sie schriftlich, K. sei „im Zusammenhang mit dem Fund von Kinderpornografie ein Opfer rechtswidriger Handlungen“.

Zu den Merkwürdigkeiten dieses Falles gehört nun aber auch, dass das Gehalt von Personalchef B., ausgerechnet im Krisenjahr 2009, um 67 Prozent per annum stieg. Auch Justitiar Gößmann durfte sich über eine Gehaltserhöhung von 30 000 Euro freuen; beide waren in New York bei der Razzia zugegen. Gößmann wird wie Nonnenmacher im US-Verfahren als Verdächtiger geführt, B. nicht.

Gößmanns Anwälte erklärten, eine „öffentliche Erörterung der Bezüge unseres Mandanten ist unter keinem Gesichtspunkt gerechtfertigt. Unabhängig davon bestand zwischen einer etwaigen Gehaltserhöhung zugunsten von Herrn Dr. Gößmann“ und den Ereignissen in New York „kein auch nur ansatzweiser Zusammenhang“. Auch die Bank wollte „schon aus datenschutzrechtlichen Gründen“ zu „Gehältern einzelner Mitarbeiter keine Stellung nehmen“.

Wie auch immer: Der jüngste Persilschein des Aufsichtsrats bringt den Spitzen Kopper und Nonnenmacher nur kurz Entlastung. Denn mittlerweile werden auch die Risse zwischen denen, die an der Aktion in Amerika beteiligt waren, immer größer. Ihren Justitiar Gößmann hatte die Bank bereits vor zwei Wochen freigestellt. Angeblich hat die HSH, unter dem Druck der jüngsten Enthüllungen, die Zusammenarbeit mit der Münchner Sicherheitsfirma Prevent beendet.

Prevent teilte mit, das Unternehmen kommentiere „Vertragsbeziehungen mit Geschäftspartnern aus grundsätzlichen Erwägungen nicht“. Auch bei der HSH gab man sich wortkarg: „Zu Fragen, die interne Vorgänge und Entscheidun-

Anfang Mai 2009 bei einem Treffen mit dem damaligen Prevent-Vorstand Thorsten Mehles erteilt. Nonnenmacher und Mehles konnten sich, WilmerHale zufolge, an solch ein Gespräch nicht erinnern.

Außerdem notierten die Anwälte, laut Gößmann habe Mehles seine Fortschritte bei Liberty auch direkt an Nonnenmacher gemeldet, was der gegenüber der Kanzlei bestritt. Mehles wiederum wollte nicht ausschließen, dass Nonnenmacher dazugestoßen sei, wenn er Gößmann auf dem Laufenden hielt.

Zu Details aus dem WilmerHale-Report wollte sich keiner der Beteiligten äußern – die Bank nicht, weil „es sich um einen vertraulichen Bericht handelt“, Prevent und Gößmann nicht, weil sie das Papier nicht kennen.

Folgt man dem Bericht, legte Nonnenmacher größten Wert darauf, dass die Aktionen in den USA bankintern streng vertraulich blieben; auch der hausinterne Untersuchungsausschuss, der sich gewöhnlich mit Verstößen von Mitarbeitern befasst, erfuhr davon nichts. Dazu passt, dass in den Rechnungen der Prevent an die Bank zwar Arbeitsdaten, Reiseziele und Manntage vermerkt sind, kein Wort aber dazu, was die Bank für ihr Geld bekommen hat. Auf schriftliche Arbeitsberichte habe Gößmann verzichtet. In diesem Punkt widerspricht Prevent: Das Unternehmen habe der HSH „auch schriftliche Reports zum Project Liberty zur Verfügung gestellt“.

Das Rauswurf-Opfer Roland K. sitzt derweil in New York und muss schweigen. Ein Vergleich zwischen ihm und der HSH sieht vor, dass keine Seite über die Umstände seines Ausscheidens sprechen darf, schon gar nicht über den Verdacht, dass die Bank eine Falle gestellt haben soll; dafür kassierte K. beim Abschied angeblich 7,5 Millionen Dollar. Dass nichts nach außen dringt, muss dem Vorstand um Nonnenmacher wirklich enorm

wichtig gewesen sein. Wenn K. sein Schweigen bricht, muss er – so heißt es – eine schier unglaubliche Vertragsstrafe zahlen: 25 Millionen Dollar.

Nur einer redet: HSH-Syndikus Gößmann. Seine Anwälte legen Wert auf die Feststellung, „dass das fragliche kinderpornografische Material gefunden wurde, nachdem Herr K. bereits gekündigt worden war“.

JÜRGEN DAHLKAMP,  
GUNTHER LATSCH, JÖRG SCHMITT

Pressekonferenz  
Hamburg, 27. August 2009



HSH-Chief Nonnenmacher: „Jederzeit pflichtgemäß verhalten“



HSH-Filiale in New York: Rechtswidrige Handlungen

gen betreffen, nehmen wir keine Stellung.“

Zwar behaupten alle, ob nun HSH und Nonnenmacher, Prevent oder Gößmann, sie hätten mit einer möglichen Intrige gegen Roland K. nichts zu tun. Doch ihre Aussagen für den WilmerHale-Report widersprechen sich. So soll Gößmann erklärt haben, den Auftrag für das „Project Liberty“, die Aktion in Amerika, habe Nonnenmacher selbst Ende April,



AFFÄREN

# Wankendes Vertrauen

Fast jede Woche ein Verdacht, ein neues Dementi. Nun gerät auch Hamburgs Finanzsenator in Erklärungsnot. Er war an einer Firma beteiligt, deren Geschäftsführer die HSH Nordbank beraten hat.

**K**abinettsitzung in Kiel, und Hilmar Kopper ist gekommen. Der Kopper. Früher die Nummer eins der Deutschen Bank, die Nummer eins der Deutschland AG. Kopper der Große.

An diesem 7. September 2010 empfangen die Landesminister den hochverehrten Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH Nordbank. Und seinen Schützling, Bankchef Dirk Jens Nonnenmacher, der neben dem großen Kopper immer so aussieht wie der linksche Sohn eines Patriarchen, der mal Papas Firma übernehmen soll. Obwohl er dazu nicht taugt.

Kopper und Nonnenmacher sollen an diesem Tag eigentlich rapportieren, wie es um die angeschlagene Bank steht, die zu 85,5 Prozent den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg gehört. Aber jetzt müssen sie erklären, ob es stimmt, was im SPIEGEL stand – dass gegen Nonnenmacher schon wieder ein Ermittlungsverfahren läuft. Also nicht nur das bekannte in Hamburg, wegen des Verlustes von mehreren hundert Millionen Euro, die ein Geschäft namens Omega der Bank eingebrockt hatte, als Nonnenmacher noch Finanzvorstand war. Nun noch ein weiteres Verfahren drüben in Amerika, wo offenbar jemand dem New Yorker Filialleiter der HSH im September 2009 Kinderpornofotos untergeschoben hat. So hätte ihn die Bank ohne Abfindung feuern können.

Es hätte in Kiel die Stunde der Politik sein können, die Stunde der Aufklärung. Was für ein ungeheuerlicher Verdacht. Doch es war die Stunde, in der klar wurde, dass die Kieler Politiker die Wahrheit über die HSH nicht so genau wissen wollten.

Nonnenmacher redet kaum, Kopper hat das Sagen. Eine Anwaltskanzlei, WilmerHale, habe das alles schon für den Aufsichtsrat geprüft. Ergebnis: alles okay. Der Aufsichtsrat stehe voll hinter Nonnenmacher. Wolfgang Kubicki, kein Minister, aber als FDP-Fraktionschef so wichtig, dass er in der Runde dabei sein darf, wundert sich.

Gibt es nun in New York ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft, in

dem Nonnenmacher und der freigestellte HSH-Chefjustitiar Wolfgang Gößmann zu den Beschuldigten zählen? Ja oder nein? Nein, sagt Kopper, es gebe lediglich eine Art Vorermittlung, von der noch lange nicht sicher sei, ob daraus jemals ein richtiges Verfahren werde.

Das war – wie heute feststeht – mindestens die Unwahrheit.

Aber schon damals hätte man fragen können, warum denn die Anwälte von WilmerHale in ihrem für den Aufsichtsrat



Hamburger Finanzsenator Frigge: „Es gibt keine Nähe“

der Bank verfassten Bericht etwas anderes geschrieben haben; nämlich dass der New Yorker Bezirksstaatsanwalt der HSH-Anwaltskanzlei am 22. April 2009 mitgeteilt hat, dass gegen die Verdächtigen („suspects“) Nonnenmacher, Gößmann und andere ein Ermittlungsverfahren anhängig sei.

Aber keiner fragt. Kabinettschef Peter Harry Carstensen (CDU) und seine Minister lassen den großen Kopper damit durchkommen.

Doch mittlerweile sieht es so aus, als habe sich der Wind gedreht – zumindest im Kieler Wirtschaftsministerium. Am vergangenen Mittwoch schrieb Ressortchef Jost de Jager Nonnenmacher einen Brief, der keinen Zweifel daran lässt, dass das Vertrauen in das Duo Kopper/Nonnenmacher wankt.

Anlass war ein Bericht des SPIEGEL (Heft 42/2010) über ein Dokument, das die Sicherheitsfirma Prevent AG Anfang dieses Jahres an die HSH Facility Manage-

ment Holding geschickt hatte. Allein 2009 hatte die Security-Truppe der HSH Nordbank und deren Tochterunternehmen Dienstleistungen für mehr als sieben Millionen Euro in Rechnung gestellt – unter anderem für das „Projekt Silence“, um das es in dem Schreiben an die HSH Facility Management geht.

Unter diesem Decknamen liefen Sicherheitsmaßnahmen, die Nonnenmacher direkt betrafen. Dazu zählten auch „verdeckte Besuche von öffentlichen Veranstaltungen und geladenen Gesellschaften zum Thema HSH“ und die „Ausweitung, Pflege und Führung des Quellennetzwerks“.

Wirtschaftsminister de Jager bestand in seinem Brief „auf einer unverzüglichen und lückenlosen Aufklärung“, weil „die HSH Nordbank diese Vorwürfe bisher nicht dementiert hat“. Wegen „der politischen Brisanz“ werde „das Thema am Montag im Lenkungsausschuss der beiden Koalitionäre in Kiel Besprechungs-

gegenstand sein“. Bis „Freitag, den 22. Oktober 2010, Dienstschluss“ verlangte de Jager von Nonnenmacher Klarheit über die „Überwachungstätigkeiten“ seiner Spitzeltruppe.

De Jagers Hamburger Kollegen finden das Ganze offenbar weniger schlimm. Der Senat habe sich zwar mit dem Thema Bespitzelung beschäftigt, „Beschlüsse wurden nicht gefasst“, sagt Sprecherin Kristin Breuer. „Der Senat will die Sache jetzt beobachten.“

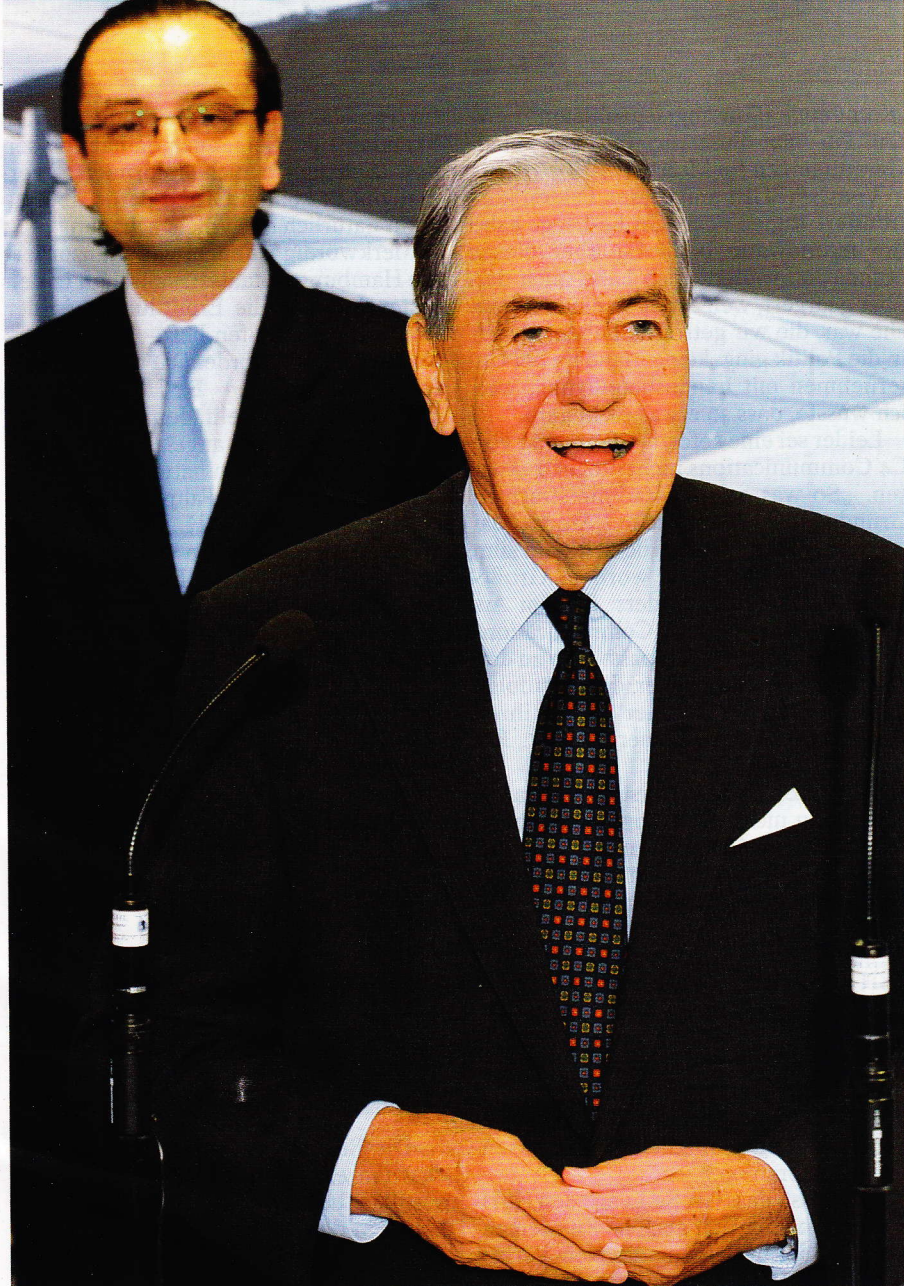
Auffällig, wie wenig der Hamburger Finanzsenator Carsten Frigge, 47, bisher zur Nonnenmacher-Krise zu sagen hatte. Immerhin ist Frigge in der Hansestadt der zuständige

Mann für die HSH, immerhin musste Hamburg zusammen mit Schleswig-Holstein drei Milliarden Euro in die Bank pumpen, um sie zu retten.

Als der SPIEGEL kürzlich berichtete, dass Nonnenmacher einen Millionenvertrag mit der umstrittenen Sicherheitsfirma Prevent AG im Alleingang unterschrieben und damit offenbar gegen Zeichnungsvorschriften der Bank verstoßen habe, kam von seiner Behörde nur die verstörende Bemerkung, es gebe „nichts Neues“.

Am vergangenen Freitag ließ Frigge den Kieler Wirtschaftsminister sogar öffentlich abwatschen. Frigge-Sprecher Daniel Stricker: „Hamburg stellt keine Ultimaten.“

Schon Mitte September fand es die „Süddeutsche Zeitung“ erstaunlich, „dass es bisher kaum politische Reaktionen auf die bekannt gewordenen Vorgänge gibt“. Doch ist das im Fall Frigge wirklich so erstaunlich? Frigges Lebenslauf wäre viel-



MAURIZIO GAMBARINI / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

**HSH-Bank-Chef Nonnenmacher, Aufseher Kopper: Die Unwahrheit gesagt?**

Ministerium für Wissenschaft,  
Wirtschaft und Verkehr  
des Landes Schleswig-Holstein



Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr |  
Postfach 71 28 | 24171 Kiel

Minister

Vorsitzender des Vorstandes  
der HSH Nordbank AG  
Herr Prof. Dr. Nonnenmacher  
- persönlich -  
Gerhart-Hauptmann-Platz 50  
20095 Hamburg

Sie werden verstehen, dass das Land Schleswig-Holstein als Anteilseigner und Garantiegeber der HSH Nordbank auf einer unverzüglichen und lückenlosen Aufklärung des gesamten Komplexes bestehen muss. Dies gilt insbesondere deshalb, weil der Vorwurf im Raum steht, dass auch Veranstaltungen überwacht wurden, bei denen hochrangige Vertreter des Landes Referenten waren. Vor diesem Hintergrund ist es zwingend geboten, dass den Ländern in ihrer Eigenschaft als Hauptanteilseigner eine eigenständige politische Bewertung ermöglicht wird.

Sollte sich die in der Presse erhobenen Vorwürfe bestätigen und mithin Personen aus den Bereichen der Anteilseignerkreise überwacht worden sein, wäre dies ein inakzeptabler Vorfall.

**De-Jager-Brief (Ausriss): „Vorwürfe bisher nicht dementiert“**

leicht nicht so eine Erfolgsgeschichte, wenn Kopper nicht einen entscheidenden Teil davon mitgeschrieben hätte.

Frigge war nach seinem Wirtschaftsstudium und zwei Stationen in der Industrie 1995 in der Geschäftsführung von Roland Berger gelandet. Die Unternehmensberatung gehörte damals zum größten Teil der Deutschen Bank – und arbeitete für die Deutsche Bank. So lernte Frigge auch deren damaligen Vorstandschef kennen: Hilmar Kopper.

Zwei Jahre später wollte sich Berger seine Firma zurückholen, forderte seine Partner auf, die Anteile zurückzukaufen. Frigge hätte sich hoch verschulden müssen; stattdessen stieg er aus und gründete in Düsseldorf die „C4 Consulting“, seine eigene Beratungsfirma. Nur auf den ersten Blick ein riskanter Schritt: Kopper hatte ihm gut zugeredet und soll ihm auch erste Aufträge vermittelt haben. Angeblich den von Klaus Steilmann, Textilunternehmer aus Bochum, der die Nachfolge in seinem Haus regeln wollte und dabei Hilfe brauchte. „Nein“, widerspricht Frigge, „das Steilmann-Mandat habe ich selbst akquiriert.“ Er wolle aber nicht ausschließen, dass Kopper ihm bei manchen Klienten mit Referenzen geholfen haben könnte. Kopper selbst wollte sich zu seinem Verhältnis zu Frigge nicht äußern.

Wie auch immer – Frigges Firma gedieh prächtig, erst 2008 gab er die Geschäftsführung auf, des Rufs seiner Heimatstadt Hamburg wegen. Ob er befreundet mit Kopper sei, wollte das „Hamburger Abendblatt“ von dem Neuzugang wissen. Na ja, das sei „vielleicht ein bisschen zu weitgehend“, antwortete er. Aber er kenne ihn schon lange, „und der Kontakt hat sich auch im Privaten fortgesetzt“.

Das klingt mittlerweile ein wenig anders: „Nur zweimal in meinem Leben bin ich mit Kopper privat essen gewesen“, relativierte Frigge am Freitag in einem Gespräch mit dem SPIEGEL. Daraus den Verdacht einer Befangenheit in puncto HSH abzuleiten, sei schlicht abwegig: „Es gibt keine Nähe.“

Aber es gibt noch eine andere Connection aus Frigges früherem Leben, die vielleicht erklären kann, warum Frigge heute als Senator mit Nonnenmacher und der HSH Nordbank so eine Engelsgeduld hat. Als könnte man an Nonnenmacher festhalten, so wie Kopper, obwohl fast jede Woche ein neuer Verdacht auftaucht – gefolgt von einem Dementi, das nicht überzeugt.

Denn Frigges Düsseldorfer C4 Consulting GmbH, an der er noch immer 50 Prozent der Anteile hält, war bis Mitte 2009 zu 28 Prozent an der Berliner C4 Communications GmbH beteiligt. Deren Geschäftsführer, Dirk Große-Leege, hat – nach eigenen Angaben – von März 2009 bis August 2010 die HSH Nordbank in

# Der SPIEGEL auf dem iPad™ – die neue Art zu lesen

Jetzt testen:  
11 Ausgaben für  
nur € 29,-!



## Früher lesen:

Samstags schon ab 22 Uhr auf iPad, iPhone®, iPod® und PC.

## Mehr sehen:

Nutzen Sie Videos, Fotostrecken und interaktive Grafiken.

## Mehr hören:

Lauschen Sie Interviews, neuen Songs oder historischen Tondokumenten.

## Mehr wissen:

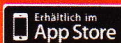
Lesen Sie am Ende des Artikels weiter auf den Themenseiten. Lassen Sie sich vom Reporter erklären, wie er recherchiert hat.

## Jetzt exklusiv in der neuen Ausgabe:

24 Stunden Bagdad: – **Slideshow**  
über einen Tag im Zentrum des Irak-Krieges

- Pariser Wutbürger – **Video**  
über den Rentenaufbruch in Frankreich
- Exportierte Söhne – **Video**  
über Arbeitsmigranten aus Afrika

Alle Angebote: [www.spiegel.de/ipad](http://www.spiegel.de/ipad)



Apple, the Apple logo and iPhone are trademarks of Apple Inc., registered in the U.S. and other countries. App store is a service mark of Apple Inc.

„Kommunikationsangelegenheiten“ beraten. Für 5600 Euro pro Tag, bei sieben Garantietagen im Monat.

Vom SPIEGEL mit diesen Fakten konfrontiert, sagte Frigge, Große-Leege habe ihn irgendwann beiläufig über dieses Mandat informiert. „Ich habe mich darüber geärgert, weil es gegen eine Absprache war, die wir getroffen haben, als ich in die Politik ging: keine Mandate bei Unternehmen mit Landesbeteiligung, weil ich wusste, dass so etwas nicht geht.“

Leider sei eine sofortige Trennung von C4 Communications nicht möglich gewesen. „So was geht aus administrativen Gründen nicht über Nacht.“ Am 19. Mai 2009 sei die Beteiligung rückwirkend zum 1. Januar abgewickelt worden. Große-Leege erinnert sich anders. Erst im August 2009 habe er die C4 Communications ganz übernommen. Das passt grob zu den Daten im Handelsregister, denen zufolge die Trennung der Berliner C4 von ihren Düsseldorfer Anteilseignern am 15. Juli wirksam wurde.

Frigges Ex-Partner versteht die ganze Aufregung nicht. Den Vorwurf, er habe den damals als Staatsrat in der Wirtschaftsbehörde tätigen Frigge nur beiläufig informiert, weist er zurück. Er behauptet, er habe den Vertrag mit der HSH mit seiner eigenen Firma GLS abgeschlossen.

„Da es zu keinem Zeitpunkt ein Vertragsverhältnis zwischen C4 Communications und der HSH Nordbank gab, konnte es auch zu keiner möglichen Interessenkollision kommen.“

Brisant ist, dass Große-Leege den HSH-Chef Nonnenmacher auch im Zusammenhang mit der Entlassung des New Yorker Filialleiters Roland K. beraten hat.

In den Akten der US-Ermittler findet sich eine E-Mail des Beraters an den Bankchef. Darin heißt es, mit Bezug auf interne Ermittlungen gegen K.: „Auf diese Weise werden Sie das Problem loswerden, ok?“ Zu diesem Komplex mag Frigges Ex-Partner nicht Stellung nehmen: „Informationen, die das Vertragsverhältnis berühren, unterliegen der Vertraulichkeit.“

Frigge versichert, von Große-Leeges Aktivitäten im Fall K. nichts gewusst zu haben. Das erscheint glaubhaft. Und auf die Frage, ob er seinen Dienstherrn über seine problematische Geschäftsbeziehung informiert habe, antwortet Frigge, das sei nicht notwendig gewesen, weil Große-Leeges eigene Firma Vertragspartner der Bank war. Überdies habe er als Wirtschaftsstaatsrat keinerlei Berührungspunkte mit der HSH gehabt.

Naivität oder gar Fahrlässigkeit muss sich Frigge jedoch ab März dieses Jahres vorwerfen lassen. Damals wurde er Finanzsenator – und war damit zuständig

für die Hamburger Beteiligung an der Skandalbank. Nein, auch da habe er seinen Dienstherrn nicht informiert: „Formal gibt es keinen Grund dafür, aber es kann natürlich auch nicht schaden.“

Merkwürdig ist auch, wie uninspiriert die Hamburger Staatsanwaltschaft in den ersten Wochen die Ermittlungen in der Causa USA anlaufen ließ – ganz anders als die Kieler Behörde. Die hatte ein Verfahren gegen den Ex-HSH-Vorstand Frank Roth eingestellt, den die Bank entlassen hatte, weil er angeblich Geschäftsgeheimnisse verraten hatte.

Nun ermitteln die Fahnder gegen Verantwortliche der HSH. Der Verdacht: Sie könnten eine falsche Spur zu Roth gelegt haben, um ihn als Informanten der Presse beschuldigen und deshalb ohne Abfindung feuern zu können. Genau deshalb suchten die Kieler Ermittler Anfang Oktober auch in mehreren Büros der Prevent AG nach Hinweisen, ohne das den Hamburger Kollegen vorher mitzuteilen. Zu groß das Misstrauen, die Sorge, dass die Razzia sonst verraten worden wäre.

Die Hamburger Ermittler meldeten sich dagegen wochenlang nicht mal bei dem wichtigsten Zeugen in der Causa New York, dem gefeuerten Filialleiter. Zwar hatte sich die Bank dessen Schweigen erkaufte, mit angeblich 7,5 Millionen Dollar Abfindung und einem Pönale in zweistelliger Millionenhöhe, falls er doch redet.

Die Regelung gilt nicht für den Fall, dass ihn ein Staatsanwalt oder Bankenaufseher befragen will. Die Hamburger haben in den USA nicht angerufen. Ihre Kieler Kollegen schon. Es gibt Berührungspunkte zwischen ihrem Roth-Verfahren und dem Fall K. in den USA.

„Wenn sich die Vorwürfe gegen die HSH Nordbank bestätigen, ist Dr. Nonnenmacher nicht mehr haltbar“, sagte FDP-Fraktionschef Kubicki am vergangenen Mittwoch.

Das könnte schon bald der Fall sein. Denn Roland K., der ehemalige Leiter der New Yorker HSH-Filiale, wird nach Deutschland kommen. Und er wird mit Wirtschaftsprüfern reden, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht beauftragt wurden, wie in Hamburg durchsickerte.

Seine Anwälte werden, so heißt es, Akten mitbringen. Akten, die beweisen, dass die Bezirksstaatsanwaltschaft in New York ein richtiges Ermittlungsverfahren führt, mit allem Drum und Dran – und mit Verdächtigen, die Nonnenmacher und Gößmann heißen.

Spätestens dann dürfte Koppers Mär von einer Art Vorermittlung in sich zusammenfallen.

JÜRGEN DAHLKAMP,  
GUNTHER LATSCH, JÖRG SCHMITT

**„Wenn sich die Vorwürfe gegen die HSH bestätigen, ist Dr. Nonnenmacher nicht mehr haltbar.“**



Hamburger Koalitionäre\*  
Entscheidung am Dienstag

grafischen Schriften, als falsche Verdächtigung.

Das Aktenkonvolut aus Amerika enthält ein Verzeichnis aller Papiere und Aussagen im Fall Roland K. Weil das komplette Material der HSH Nordbank vorliegt, können die deutschen Fahnder dort jetzt bestellen, was sie interessiert. Das stärkste Pfund der US-Strafverfolger lag aber schon mit im Postpaket: die Aussage eines New Yorker Ex-Polizisten, Gil Alba. Den hatte die Prevent angeheuert, damit er ihr bei der geplanten Durchsuchung in K.s Büro zur Hand ging. Und glaubt man dem Sicherheitsmann, dann roch es für ihn schon vor der Razzia am 17. September 2009 danach, dass hier nicht alles mit rechten Dingen zugeht.

Laut Staatsanwaltschaft New York hat der Zeuge ausgesagt, dass Prevent-Manager Wiedemann ihn schon Mitte Juni 2009 in New York getroffen und für die geplante Aktion gegen K. eingekauft habe. Wiedemann habe ihm erklärt, er brauche einen Mann zum Absichern; wer wisse schließlich schon, wie K. seine Entlassung verkraften werde.

Bereits damals im Juni soll Wiedemann davon gesprochen haben, dass es bei K. offenbar schlimme Sachen gebe. Kinderpornografie. Schon da will Alba gedacht haben, dass hier womöglich etwas fingiert werden sollte, um K. zu feuern.

Am Tag der Razzia stieß ein HSH-Rollkommando im Büro von K. dann in kürzester Zeit auf einen Aufkleber in einem Bilderrahmen. Bei den Buchstaben und Ziffern auf dem Sticker handelte es sich um Zugangsdaten für ein Mail-Postfach. Alba zufolge soll der Prevent-Manager Mehles von ihm verlangt haben, sich an den Dienstrechner von K. zu setzen und nach verdächtigem Material zu forschen. Das will aber Alba abgelehnt haben – offenbar ahnte er schon, dass die Sache „stinken“ könnte. „It smells“, so beschrieb Alba in seiner Aussage sein ungutes Gefühl.

Stattdessen stießen also Computerexperten des HSH-Teams auf die Kinderpornofotos im Mail-Postfach. Daraufhin sollen Justitiar Gößmann und auch Mehles den Ex-Cop aufgefordert haben, seine Kontakte zur New Yorker Polizei oder zum FBI spielen zu lassen, um Roland K. verhaften zu lassen. Auch da, sagte Alba, habe er aber nicht mitgemacht und nur die Zentralnummer der Polizei angerufen.

K. war später in New York selbst zur Polizei gegangen und verhört worden – ohne dass sich der Verdacht gegen ihn erhärtete. Im Gegenteil: Die Ermittler leiteten ein Verfahren gegen Verantwortliche der Bank und Prevent ein.

\* Grünen-Fraktionschef Kerstan, Bürgermeister Ahlhaus (CDU), Bildungssenatorin Christa Goetsch (Die Grünen).

AFFÄREN

## Hartversilbert

Noch eine Razzia, noch mehr Belastungsmaterial: Für Hamburgs Grüne ist das Maß bei der HSH Nordbank voll. Sie verlangen das Aus für Bankchef Nonnenmacher – sonst platzt die Koalition.

Die Bankenaufseher wollten es wissen. Ganz genau, ganz egal wie lange es dauert. So kam der Dienstschluss, ging der Dienstschluss, und die BaFin-Mitarbeiter bohrten und bohrten. Erst kurz vor Mitternacht hatten sie mit ihrem Gast aus Amerika alle Fragen zur HSH Nordbank durchgekaut. Und Roland K., Ex-Filialleiter in New York, vor gut einem Jahr unter dubiosen Umständen von der Bank gefeuert, war ihnen am vorletzten Mittwoch offenbar nichts schuldig geblieben.

In allen Einzelheiten berichtete der Finanzmanager, wie ihm aus seiner Sicht übel mitgespielt wurde, von der Bank, von ihrer Sicherheitsfirma Prevent, von wem auch immer. Sogar Kinderpornofotos seien ihm untergeschoben worden, als die Bank ihn loswerden wollte.

Noch spannender als alles, was K. erzählen konnte, war aber das, was die BaFin und die Staatsanwaltschaften Kiel und Hamburg kurz zuvor mit der Post aus Amerika bekommen hatten: Auszüge aus der Akte der New Yorker Staatsanwaltschaft, die seit einem Jahr den dubiosen Kinderpornofund im Büro von Roland K. durchleuchtet. Die US-Fahnder führen HSH-Nordbank-Chef Dirk Jens Nonnenmacher ebenso als Verdächtigen

einer Intrige wie den inzwischen kaltgestellten Bankjustitiar Wolfgang Gößmann und Peter Wiedemann, Vorstand der HSH-Sicherheitsfirma Prevent AG.

Der Doppelschlag aus Übersee hatte Wirkung. Am vergangenen Mittwoch ließ die Staatsanwaltschaft Hamburg bundesweit bei der Prevent und ihrer IT-Tochter Validd durchsuchen. Der Verdacht gegen die Prevent-Manager Wiedemann und Thorsten Mehles: Sie sollen daran beteiligt gewesen sein, Roland K. die schmutzigen Fotos anzuhängen. Strafrechtlich gilt das als Verbreitung von kinderporno-



HSH-Nordbank-Chef Nonnenmacher  
„Was glauben Sie, was ich mache?“

In Deutschland interessiert sich heute auch die Bankenaufsicht BaFin für den Fall. Sie untersucht aus bankenrechtlicher Sicht, ob die HSH Aufträge an Sicherheitsfirmen ordnungsgemäß vergeben hat – im Zentrum steht die Prevent. Allerdings weisen die Bank, Justitiar Gößmann und die Prevent-Manager Mehles und Wiedemann jede Verwicklung in illegale Machenschaften strikt zurück. Prevent teilte mit, so ein Vorwurf sei „haltlos und entbehre jeder Grundlage“. Der Firma zufolge hatte sie im Juni den Auftrag im Fall K. noch gar nicht erhalten; deshalb habe Wiedemann damals mit Alba auch noch nicht über die Sache reden, geschweige denn ihn anheuern können. Die HSH, deren Hauptanteile Schleswig-Holstein und Hamburg sind, legt Wert auf den Hinweis, aus Sicht der Hamburger Staatsanwaltschaft gebe es zurzeit keine Anhaltspunkte, dass die Tat in New York im Auftrag der Bank geschah.

Auch Nonnenmacher, der K. für den Zeitpunkt der Razzia extra zu einer Videokonferenz ins Büro beordert hatte, sprach sich vergangenen Montag von aller Schuld frei. Er tat es besonders effektiv, mit viel Selbstmitleid im HSH-Untersuchungsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags. Er werde in „ganz unerträglicher Weise“ angegriffen, von der Presse, von den Politikern, jammerte er.

Die Bank habe die Prevent doch nur beauftragt, weil es „Informationslecks“ und „massive Drohungen“ gegen ihr Führungspersonal gegeben habe. Und den Vorwurf, die Firma habe im Juli 2009 eine Veranstaltung mit Ex-Wirtschaftsminister Werner Marnette verdeckt überwacht, einem der schärfsten HSH-Kritiker, nannte Nonnenmacher „fast lächerlich“. Erstens habe die HSH davon nichts gewusst, und zweitens sei die Veranstaltung doch sowieso öffentlich gewesen.

Dieser Auftritt, der ihn entlasten sollte, hat alles nur noch schlimmer gemacht. In Wahrheit lieferte Nonnenmacher nur den nächsten Grund, ihm auch noch das Restvertrauen aufzukündigen: mit dem offensichtlichen Versuch, den Ausschuss für dumm zu verkaufen. Schließlich sagte er über den Observationsbericht, den Prevent nach der Marnette-Veranstaltung geschrieben hatte: „Den Bericht habe ich bis heute weder gesehen noch gelesen.“

Was für ein Affront. Denn nur vier Tage vorher hatte sein Vorstandskollege Martin van Gemmeren genau diesen Bericht vorgelesen, im Beteiligungsausschuss des Landtags. Die Diktion erinnerte manche Abgeordnete an Stasi-Berichte; als sie ihn deshalb schwarz auf weiß haben wollten, war es zum Eklat gekommen: Gemmeren weigerte sich, steckte das Papier wieder ein und ging. Wenn

Nonnenmacher also den Prevent-Bericht tatsächlich nicht gelesen hatte, dann nur, weil er ihn nicht lesen wollte. Ein typischer Nonnenmacher, gekrönt von dem hochnäsigen Satz: „Was glauben Sie, was ich den ganzen Tag mache?“

Fest steht, dass sich der HSH-Chef mit einer anderen Sache dagegen sehr eingehend beschäftigte: seiner Sicherheit. Der Mann fühlte sich offenbar permanent verfolgt, bedroht, fürchtete um sein Leben. Sein Schutz – auf Kosten der maroden Bank – konnte daher allem Anschein nach nicht teuer genug sein. Doch offenbar war er gar nicht ernsthaft gefährdet.

Glaubt man der Bank, gab es seit Anfang 2009 in „anonymen Briefen, E-Mails oder Internetblogs“ Aufrufe zu „Angriffen auf das Management und deren Angehörige sowie zu gewaltsamen Protestaktionen“. Sogar Bombendrohungen. Damit rechtfertigt die HSH heute teure Aufträge für die Prevent AG, die schon 2004 für die Bank arbeitete, aber anfangs nur kleine sechsstellige Umsätze machte. Erst unter Nonnenmacher gingen die Geschäfte mit der HSH in die Millionen.

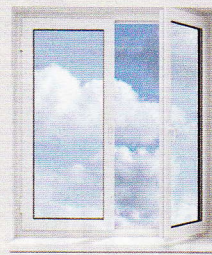
So ließ der angeblich stark bedrohte Nonnenmacher die Fenster seiner Wohnung mit durchschusshemmenden Folien bekleben, falls, wie im Film, ein Scharfschütze auf ihn anlegen sollte. Auch das Schließsystem bekam auf Kosten der Bank

Steinzeit



Der Mensch sucht Schutz in **Höhlen**. Einige Junggesellenwohnungen erinnern noch heute an selbige.

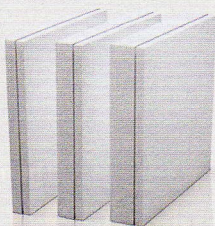
1959



Innovative **Dichtsysteme** setzen neue Maßstäbe bei Mehrscheiben-Isolierglas und schützen so vor Energieverlust. Vor neugierigen Blicken schützen nach wie vor nur Gardinen.

## Nur mit Chemie konnten aus Höhlen

1941



Der erste **Schaum aus Kunststoff** zur Wärmedämmung wird erfunden. Heute helfen diese Materialien Häusern, ganz leicht Passivhäuser zu werden.

1992



Von Haus aus sparsam: Das erste autarke **Solarhaus** Deutschlands verzichtet völlig auf eine externe Energieversorgung. Strom und Wärme liefern Silizium-Solarzellen, Solarkollektoren und eine Brennstoffzelle.

für 4265 Euro ein Spezialtuning, selbst optisch: Die gelieferten Edelstahlzylinder wurden hartversilbert, damit es besser aussah. Allein im zweiten Halbjahr 2009 ließ sich die Bank das „Projekt Silence“, den Rundumschutz für die HSH-Spitze, fast 950 000 Euro kosten. Weitere 785 000 Euro sind für 2010 noch offen; die Rechnungen dafür reichten bis in den Juni. Aus Sicht der Bank kein Problem: Die Prüfer der KPMG hätten alle Prevent-Zahlungen kontrolliert – ohne „wesentliche Beanstandungen“.

All die Hinweise, dass Gewaltanarchos Jagd auf die Manager der Krisenbank machen könnten, stammten aber offenbar nicht von der Polizei, sondern nur von der Prevent selbst, die an den Aufträgen verdiente – Prevent will dazu mit Rücksicht auf das Mandatsverhältnis nichts sagen. Gestützt wird diese Schlussfolgerung durch einen Brief von Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Schlie (CDU) an FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki. Darin schreibt Schlie, im Oktober 2009 habe das Landeskriminalamt (LKA) eine Anfrage der hessischen Kollegen bekommen. Thema: eine mögliche Gefährdung von HSH-Bankern – Non-

## Leistungsschein

Zwischen

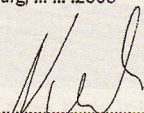
der HSH Nordbank AG,  
vertreten durch den Vorstand  
Prof. Dr. Dirk Jens Nonnenmacher, Peter Rieck, Jochen Friedrich und Bernhard Visker,  
Gerhart-Hauptmann-Platz 50,  
20095 Hamburg,

- im Folgenden „Auftraggeber“ -

und

der Prevent AG,  
vertreten durch den Vorstand  
Thorsten Mehles (Vorsitzender), Lutz Krüger und Udo Nagel,

Hamburg, 14.8.2009

  
Prof. Dr. Dirk Jens Nonnenmacher  
Chief Executive Officer  
HSH Nordbank AG

**Prevent-Vertrag: Nur Nonnenmachers Unterschrift**

nenmacher hatte noch einen Wohnsitz in Frankfurt.

„Hintergrund waren Informationen des privaten Sicherheitsunternehmens Prevent AG an hessische und Hamburger Polizei-

behörden“, erklärt Schlie. Die Detektive hätten den Tipp gegeben, dass in Internetforen die Veröffentlichung von Wohnadressen der HSH-Spitzen ein Thema gewesen sei. Musste die Polizei deshalb etwas unternehmen? Nein. Es „lagen keine ergänzenden Hinweise vor, so dass auch keine Schutzmaßnahmen für Repräsentanten der Bank in Schleswig-Holstein angeordnet wurden“, so Innenminister Schlie. Das Gleiche in Hamburg: Auch hier sah das LKA kein ernstes Risiko.

Umso mehr vermuten nun die Grünen in Hamburg, die schwer angeschlagene HSH habe mit den Prevent-Verträgen Millionen verschleudert. Damit rückt erneut Nonnenmacher ins Zentrum der Vorwürfe. Denn bei Beraterverträgen in Millionenhöhe war es zwar üblich, dass der HSH-Vorstand sie genehmigte. Er unterschrieb aber nicht, das erledigten die Manager eine Etage tiefer. Ausgerechnet bei zwei Prevent-Verträgen vom 14. April und 14. August 2009 war es anders. Nonnenmacher zeichnete sie selbst ab, in einem Fall sogar allein – eine Verletzung der bankinternen Zeichnungsvorschriften.

Die Anwälte der Kanzlei WilmerHale, die für den Aufsichtsrat den Kinderpor-



Preisgekrönt: Mit Hilfe moderner Dämmstoffe aus der Chemie erreichen Frankfurter Wohnungen **Passivhausniveau**. Der Lohn: Energieeinsparungen um 84 Prozent und der Green-Building-Architekturpreis.

2024

**Passivhäuser werden. Und das ist erst der Anfang.**

2019

Chemie macht Wohnen klimafreundlich: mit Kunststoffen für Fenster und neue Dämmmaterialien. Mit Edelgasen für Isolierglasfenster. Oder mit Silizium für Solarzellen. Schließlich gehört Klimaschutz zu den zehn wichtigsten Wünschen der Deutschen. Was wird die Chemie sonst noch ermöglichen? Ihre Fragen und Wünsche unter [www.ihre-chemie.de](http://www.ihre-chemie.de).

**Ihre Chemie.**  
Freuen Sie sich auf die Zukunft.

nofall aufklären sollten, bekamen diese entscheidenden Prevent-Verträge offenbar nicht zu Gesicht. In ihrem Geheimbericht, Stand August 2010, heißt es zumindest: „Prevent arbeitete für die HSH auf Basis eines Rahmenvertrages, der am 19. August 2009 unterzeichnet wurde. Vor diesem Datum gab es zwischen beiden Unternehmen keine schriftlichen Vereinbarungen.“ Das ist nachweislich falsch.

Für die Grünen in Hamburg und die FDP in Kiel sind das genügend Pflichtverletzungen, um Nonnenmacher ohne Abfindung zu feuern. Deshalb sollte in Hamburg Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) kürzlich auch die Prevent-Verträge von der Bank anfordern. Lieferfrist: 2. November. Doch die Bank rührte sich nicht. Auch Bürgermeister Christoph Ahlhaus (CDU) wunderte sich; die Bank sollte doch einfach die Verträge zufaxen. Die Grünen setzten eine neue Frist: 4. November, der vergangene Donnerstag. Diesmal kamen Papiere, aber für den Koalitionspartner ist nun klar: Das war das Ende für Nonnenmacher.

Denn was die Landesregierungen in Hamburg und Kiel erhielten, neben anderen Dokumenten, war ein sogenannter Leistungsschein, abgeschlossen zwischen Bank und Prevent, datiert auf den 26. Februar 2010. Darunter eine Unterschriftenzeile für Nonnenmacher – aber ohne Nonnenmachers Unterschrift. Was dagegen fehlte, war jener Leistungsschein vom 14. August 2009, der tatsächlich seine Signatur trug – und ausschließlich seine. Jener Vertrag, der Nonnenmacher nun zum Verhängnis werden dürfte.

**„Alles andere als eine Entlassung von Nonnenmacher werden wir nicht akzeptieren.“**

Für den Grünen-Fraktionschef Jens Kerstan ein klarer Täuschungsversuch: „Meines Wissens gibt es ein Dokument, das der Vorstandschef allein unterschrieben hat. Dieses wesentliche Dokument fehlt. Stattdessen wurde uns ein anderes vorgelegt, das den Eindruck erwecken soll, die Papiere seien komplett übergeben worden. Alles andere als eine Entlassung von Nonnenmacher werden wir jetzt am Dienstag im Senat nicht akzeptieren.“ Allem Anschein nach sind die Grünen bereit, an der Personalie Nonnenmacher die Koalition in dieser Woche platzen zu lassen, wenn die CDU bei einer schnellen Entlassung nicht mitzieht.

In Kiel hat die FDP die Zustimmung der Union, Nonnenmacher zu kippen, so gut wie sicher. Fraktionschef Kubicki am vergangenen Freitag: „Wieder hat Herr Nonnenmacher unzureichend und zum Teil sogar falsch geantwortet. Wir werden seinen Rauswurf in der nächsten Woche in Angriff nehmen.“

JÜRGEN DAHLKAMP,  
GUNTHER LATSCH, JÖRG SCHMITT



SCHWARZ-GELBE KOALITIONÄRE: Mal eben über die Gesundheitsreform abstimmen

BUNDESTAG

## Pfusch im Akkord

Die Bundesregierung produziert plötzlich Gesetze wie am Fließband. Für Beratungen bleibt wenig Zeit; die eigenen Leute fühlen sich übergangen. Schreitet der Bundespräsident ein?

Wenn sich Bundestagspräsident Norbert Lammert mit Besuchergruppen aus seinem Wahlkreis trifft, bekommt jeder Gast erst mal ein Geschenk. Es handelt sich um ein Poster im DIN-A2-Format, das veranschaulicht, wie ein Gesetz entsteht: eine augenfällig hochkomplexe Angelegenheit. Es wimmelt vor Pfeilen, Grafiken und Flussdiagrammen. Nichts, woran der Gesetzgeber in seiner Sorgfalt nicht gedacht hätte.

In jüngster Zeit freilich hat Lammert mitunter das Gefühl, dass die auf dem Plakat dargestellten Regeln und Abläufe nur noch wenig mit der Wirklichkeit zu tun haben. Anfang vergangener Woche beschwerte er sich in der „Frankfurter Allgemeinen“ darüber, in welcher fragwürdiger Weise die schwarz-gelbe Bundesregierung ihre Verlängerung der Atomlaufzeiten durchs Parlament gepeitscht habe. Von „Zumutungen“ sprach der CDU-Mann und vom „Verdacht mangelnder Sorgfalt“. Der formal zweite Mann im Staat hatte vernehmbar auf den Gong geschlagen.

Und jetzt legt Lammert nach. Dass ihn Bundeskanzlerin Angela Merkel für seine Kritik rüffelte, hat ihn scheinbar nicht beeindruckt, im Gegenteil. „Ich habe mehrfach intern wie öffentlich auf das Missverhältnis hingewiesen zwischen dem von Koalition wie Opposition erzeugten Beratungsbedarf und der parlamentarisch verfügbaren Beratungszeit“, sagt er und

ruft die Kollegen im Bundestag zum Widerstand auf: „Es schadet dem Ansehen des Parlaments, wenn der Eindruck entsteht, als folgten wir vermeintlichen oder tatsächlichen Vorgaben, statt selbständig zu urteilen und zu entscheiden.“

Tatsächlich ist im Hohen Haus der Ärger über die Arbeit der Koalition groß. Nachdem sich Union und FDP monatelang vor allem mit internen Streitigkeiten beschäftigt haben, geht die Regierung nun mit atemberaubender Geschwindigkeit voran, um vor dem Jahreswechsel doch noch einige wichtige Projekte zu vollenden. Atomgesetz, Hartz IV, Gesundheitsreform, Justierungen am Elterngeld – alles zugleich und alles im Schweinsgalopp. Für eine gründliche Beratung der Gesetzentwürfe in den Fachausschüssen bleibt da keine Zeit, für aufklärende Debatten im Bundestag auch nicht. Im Halbstundentakt müssen die Parlamentarier über Gesetze abstimmen, die sie schon deshalb kaum beurteilen können, weil die wichtigsten Änderungsanträge derzeit oft erst in der vorangegangenen Nacht eingearbeitet wurden.

Die Tagesordnung für die Plenarsitzung an diesem Donnerstag sieht 31 Punkte vor, von der Aussprache über das strategische Nato-Konzept über die Abstimmung beim Arzneimittelgesetz und die Neubestimmung der Hartz-IV-Sätze. Tags drauf soll dann mal eben noch die Gesundheitsreform verabschiedet werden.

AFFÄREN

# „Ich war wie gelähmt“

Der im September 2009 von der HSH Nordbank gefeuerte Leiter der Filiale New York über den Verdacht, ein Pädophiler zu sein, und den Kampf um seinen guten Ruf



JÜRGEN FRANK / DER SPIEGEL

## Roland K.

leitete die New-York-Filiale der HSH Nordbank, als diese vor anderthalb Jahren ein Team in die USA schickte, um ihm die Kündigung auszuhändigen. Als die HSH-Leute Roland K. nicht antrafen, durchsuchten sie sein Büro und fanden auf seinem Computer ein Passwort und E-Mails, die zu Kinderporno-Fotos führten. Am selben Tag wurde Roland K. fristlos gefeuert. Heute ist für Ermittler in Amerika und Deutschland allerdings klar, dass ihm das Belastungsmaterial nur untergeschoben wurde und er Opfer, nicht Täter ist. Der Fall passt damit zu dem des früheren HSH-Vorstands Frank Roth, dessen Verhältnis zu Bankchef Dirk Jens Nonnenmacher ebenso wie das von Roland K. als gestört galt. Die Bank hatte auch Roth fristlos gekündigt, hier mit der Begründung, es gebe Beweise, dass Roth interne Informationen an die Presse weitergereicht habe. Mittlerweile hat sich auch das als haltlos herausgestellt und die Bank Roth rehabilitiert. Im New Yorker Fall beteuert die HSH wie die an der Razzia beteiligte Sicherheitsfirma Prevent, keine Spur zu K. gelegt zu haben. Allerdings entlastet die Bank ihn nun vollständig vom Kinderporno-Verdacht und entschuldigt sich erstmals bei ihm. K. wollte sich zwar fotografieren lassen, aber nicht seinen vollen Namen nennen.



JÜRGEN FRANK

Ex-HSH-Manager K., HSH-Filiale New York  
„Wir wissen, dass Sie reingelegt wurden“

**SPIEGEL:** Herr K., Sie haben sich bislang nie öffentlich gegen den ungeheuerlichen Verdacht gewehrt, Sie hätten mit Kinderpornografie zu tun gehabt. Warum nicht?

**Roland K.:** Zum einen, weil ich erst Monate später von diesem Fund erfahren habe. Zum anderen, weil es mir klüger erschien, zunächst einmal eine arbeitsrechtliche Klärung der Angelegenheit herbeizuführen. Vorher, da war ich mit meinem Anwalt einig, hätte es wenig Zweck gehabt, die Dinge in der Öffentlichkeit auszuzufechten.

**SPIEGEL:** Und dann haben Sie im Juli 2010 einen Vergleich mit der Bank geschlossen, der Ihnen jede öffentliche Äußerung zu Ihrer fristlosen Kündigung verbot.

**Roland K.:** Nicht jede, aber mir und der Bank war nur ein einziger Satz gegenüber der Öffentlichkeit erlaubt.

**SPIEGEL:** Und der lautete?

**Roland K.:** „Die Parteien haben im Rahmen einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung zu ihrer jeweiligen Zufriedenheit sämtliche Streitigkeiten zwischen sich beigelegt, und die von ihnen geltend gemachten Ansprüche wurden abschließend beigelegt.“

**SPIEGEL:** Angesichts der Schwere des auf Ihnen lastenden Verdachts eine nichtsagende Formulierung. So viel Zurückhaltung soll teuer erkaufte worden sein. Im Umfeld der Bank heißt es, Sie hätten rund sieben Millionen Dollar erhalten – als eine Art Schweigegeld.

**Roland K.:** Dazu kann ich mich, aus den eben genannten Gründen, nicht äußern. Ich bitte um Verständnis.

**SPIEGEL:** Wann, wie und durch wen haben Sie denn von der Kinderporno-Spur auf Ihrem Dienstcomputer erfahren?

**Roland K.:** Das war im März vergangenen Jahres. Mein Anwalt erhielt einen Anruf aus dem Büro des Bezirksstaatsanwalts. Ich möge mich dort einfinden, man habe im Zusammenhang mit einem Fall, in dem es um Kinderpornografie gehe, einige Fragen an mich.

**SPIEGEL:** Was wollte der Staatsanwalt von Ihnen wissen?

**Roland K.:** Es war nicht nur der Staatsanwalt, dem ich gegenübertraf. In dem Raum waren ungefähr 10 bis 15 Leute, die alle Fragen stellten. Das allein schaffte schon eine einschüchternde Atmosphäre, obwohl ich ja wusste, dass ich nichts zu befürchten hatte. Aber wenn dann Fragen im Stakkato auf Sie niederprasseln – kennen Sie die Internetadresse Soundso, waren Sie jemals in einem Intercafé namens Soundso –, dann werden Sie trotzdem nervös und unsicher. Irgendwie müssen die das gemerkt haben, denn nach gut einer Stunde haben sie mir signalisiert: „Machen Sie sich keine Sorgen, wir wissen, dass Sie reingelegt wurden und man Ihnen das Zeug untergeschoben hat.“ Danach war ich ungeheuer erleichtert, aber wirklich geholfen hat es mir nicht.

**SPIEGEL:** Warum nicht?



**Roland K.:** Versetzen Sie sich doch mal in meine Lage. Da sind Sie mitten in einer arbeitsrechtlichen Auseinandersetzung, und dann werden Sie mit so etwas konfrontiert. Das ist, als ob Sie Fußball spielen und plötzlich wirft Ihnen jemand Tennisbälle vor die Füße. Da wissen Sie zunächst einmal gar nicht, wie Sie reagieren sollen.

**SPIEGEL:** Sie hätten gegen denjenigen vorgehen können, der Ihnen das angetan hat.

**Roland K.:** Ich habe nicht ans Kämpfen gedacht, als ich aus dem Staatsanwaltsbüro raus bin. Ich wusste doch gar nicht, gegen wen ich kämpfen sollte. Ich kam da raus mit einem großen Fragezeichen und musste das alles erst einmal verdauen. Das Ganze war so ekelhaft und unfassbar. Ich habe wochenlang kaum geschlafen.

**SPIEGEL:** Obwohl die Staatsanwaltschaft Ihnen versichert hatte, dass man Sie als Opfer und nicht als Täter sieht?

**Roland K.:** Ja. Ich weiß, das klingt seltsam. Aber ich war wie gelähmt. Bei einem Vorwurf wie dem der Kinderpornografie sind Sie gewissermaßen schuldig auf Verdacht. Selbst meine Frau hat mich reflexhaft gefragt, ob ich etwas damit zu tun hätte, obwohl sie es besser wusste.

**SPIEGEL:** Wann hat diese Verunsicherung nachgelassen?

**Roland K.:** Eigentlich nie. In einer gewissen Weise hat mich die Vergleichsvereinbarung mit der Bank Ende Juli 2010 beruhigt, weil damit eine Art Schlusspunkt gesetzt wurde.

Tröstlich war auch, dass ich nach meinen Gesprächen mit der Staatsanwaltschaft das Gefühl hatte, dass der Fall dort in guten Händen ist. Aber kurze Zeit später kam dann der SPIEGEL mit einem Bericht über den Kinderporno-Skandal in der HSH-New-York-Branch, und alles ging wieder von vorn los.

**SPIEGEL:** Mit einem entscheidenden Unterschied: Wir haben deutlich hervorgehoben, dass die Staatsanwaltschaft davon ausgeht, dass Ihnen Unrecht widerfahren ist – und Sie das Opfer krimineller Machenschaften sind.

**Roland K.:** Ja, haben Sie, aber in puncto Jobsuche war es dennoch ein Desaster.

**SPIEGEL:** Inwiefern?

**Roland K.:** Weil das Wort Kinderpornografie immer ein Unbehagen in Bezug auf denjenigen erzeugt, mit dessen Namen es gekoppelt ist. Bei vier oder fünf Bewerbungsverfahren hatte ich es in die letzte Runde geschafft, und jedes Mal war es diese Hürde, an der ich gescheitert bin.

**SPIEGEL:** Was macht Sie so sicher, dass es daran lag? Anfang September vorigen



**Vorstandschef Nonnenmacher:** „Ein Desaster“

#### Erklärung der HSH Nordbank betreffend den ehemaligen Manager der New York Niederlassung

Hamburg/Kiel, 11. März 2011 – Nach eingehender Prüfung der Umstände, die zur Entlassung des ehemaligen General Managers ihrer Filiale in New York geführt haben, kommt die HSH Nordbank zum Schluss, dass der damalige Niederlassungsleiter in keinerlei Verbindung zu jeglicher Kinderpornographie steht. Dies wurde

Die Bank bedauert ausdrücklich die Situation und die persönlichen Unannehmlichkeiten, in die der ehemalige General Manager durch die diesbezügliche negative Publizität geraten ist. Die HSH Nordbank versichert nachhaltig, dass sie entsprechende Schritte eingeleitet hat, um derartige inakzeptable Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern.

#### Ehrenerklärung für K.: „Inakzeptable Vorkommnisse“

Jahres hat der stellvertretende Bezirksstaatsanwalt Ihrem Anwalt sogar schriftlich versichert, dass er Sie als „Opfer illegaler Handlungen anderer Personen“ sieht und Ihre Kooperationsbereitschaft im Ermittlungsverfahren schätzt. Haben Sie diesen Brief nicht vorgelegt, wenn Fragen nach Ihrer Rolle in dieser Affäre auftauchen?

**Roland K.:** Doch, schon, aber nicht jeder hat gefragt. Bei den ersten Bewerbungen war ich derjenige, der von sich aus das Thema angesprochen hat, weil ich wusste, die checken meinen Hintergrund ohnehin – und stoßen spätestens beim Googeln auf die Angelegenheit. Deshalb war es mir wichtig, dieses Thema selbst ins Spiel zu bringen, als eine Art vertrauensbildende Maßnahme.

**SPIEGEL:** Und das wurde nicht honoriert?

**Roland K.:** Doch, aber ich habe keinen Job bekommen. Die Leute haben gesagt, Roland, wir glauben Ihnen, und wir schätzen Ihre Aufrichtigkeit sehr – aber wir haben die Sorge, dass unsere Kunden da nicht so genau differenzieren. Und Sie können

nicht jedem Klienten den Brief des Bezirksstaatsanwalts vorlegen, bevor Sie mit ihm übers Geschäft reden – sorry.

**SPIEGEL:** Das haben die Ihnen ins Gesicht gesagt?

**Roland K.:** Ja, aber so seltsam das klingen mag, ich konnte die Leute sogar verstehen. Ich hätte früher auch so argumentiert. Beim Thema Kinderpornografie ist der Verdacht schon beinahe das Urteil. Deshalb habe ich die Geschichte bei späteren Bewerbungen gar nicht mehr erwähnt – in der albernen Hoffnung, dass die Leute nicht so gründlich googeln. Aber das war natürlich ein Irrtum. Als ich dann Anfang Dezember erfuhr, dass ein Rechtsberater der HSH öffentlich erklärt hatte, der entlassene Ex-Vorstand Frank Roth sei „grob, falsch und schlecht“ behandelt worden und müsse rehabilitiert werden, habe ich gedacht, dass ich so was auch brauche, und habe mich bei der Bank gemeldet.

**SPIEGEL:** Wie und bei wem?

**Roland K.:** Ich habe gleich im Dezember Briefe geschrieben, an den Vorstand und den Präsidialausschuss des Aufsichtsrats, und um eine Ehrenerklärung gebeten. Die habe ich vor kurzem auch bekommen.

**SPIEGEL:** Was steht drin?

**Roland K.:** Wörtlich heißt es: „Nach eingehender Prüfung der Umstände, die zur Entlassung des ehemaligen General Managers ihrer Filiale in New York geführt haben, kommt die HSH Nordbank zum Schluss, dass der damalige Niederlassungsleiter in keinerlei

Verbindung zu jeglicher Kinderpornografie steht. Die Bank bedauert ausdrücklich die Situation und die persönlichen Unannehmlichkeiten, in die der ehemalige General Manager durch die diesbezügliche negative Publizität geraten ist.“

**SPIEGEL:** Das klingt, als seien die Medien schuld an dem Wirbel und nicht die Bank, die ein 13-köpfiges Rollkommando in die New Yorker Filiale geschickt hat – inklusive des Personalchefs und des HSH-Chefjustitiars Wolfgang Gößmann.

**Roland K.:** Das ist Ihr Urteil, ich will das nicht kommentieren. Für mich ist wichtig, dass die Bank den Kinderporno-Verdacht ausdrücklich dementiert und sich entschuldigt hat. Jetzt habe ich wieder Hoffnung, dass es doch noch mal was werden kann mit einem Job in der Finanzindustrie. Und ich habe noch eine Hoffnung: dass diejenigen, die mir das angetan haben, überführt und bestraft werden. Dann erst ist es wirklich vorbei.

INTERVIEW: GUNTHER LATSCH